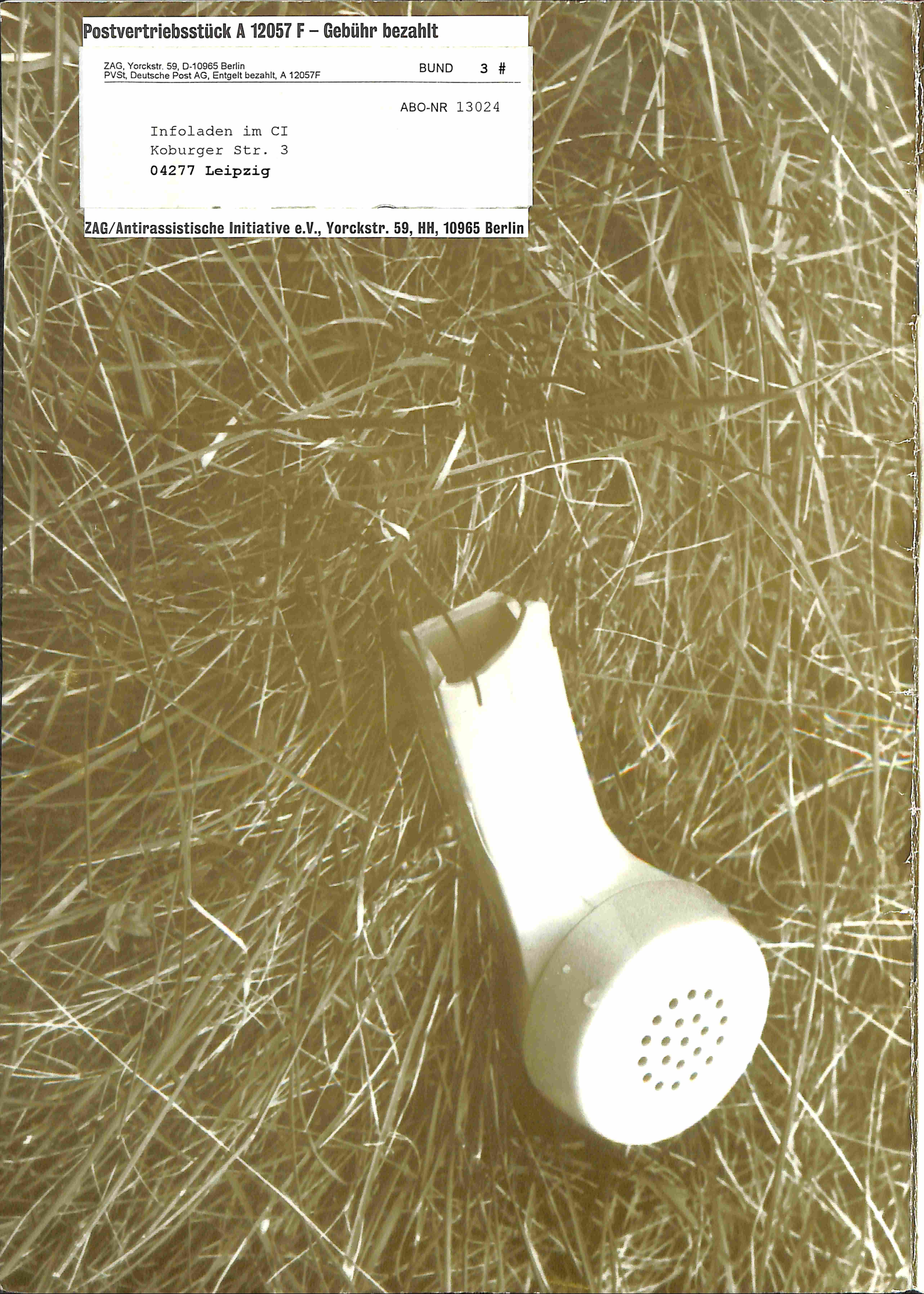
ZAG

antirassistische zeitschrift

5 DM

Nr. 25 4/97 7. Jahrgang erscheint vierteljährlich Postvertriebsstück A 12057 F

Schwerpunkt:
Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität?


Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt
ZAG, Yorckstr. 59, D-10965 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, A 12057F
BUND 3 #
ABO-NR 13024
Infoladen im CI
Koburger Str. 3
04277 Leipzig
ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

ZAG – antirassistische Zeitschrift

Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion
Irmgard, Jürgen, Michael,
Tobias, Albert

Redaktionsanschrift
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
FAX: 030-786 99 84
E-Mail: ZAG @ VLBERLIN.comlink.de

Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto–Nr.: 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise
vierteljährlich

V.i.S.d.P.
Peter Finger

Gestaltung
Ulrike Steglich,
Torstr 167, 10115 Berlin

Fotos:
Titelund Rückseite Albert Zecheru

Druck
EinDruck

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe 16 1 98

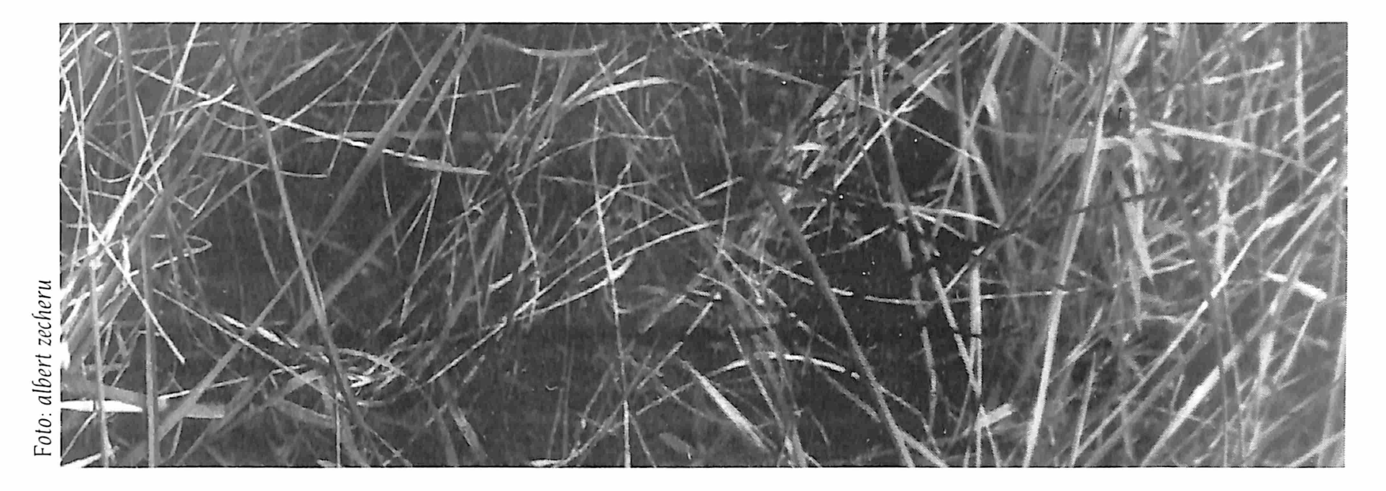
Inhalt

Aktuell

Schwerpunkt: Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität?

Debatte

Rezensionen


Foto: albert zecheru

Mit wem wollen denn Sie nicht in diesem Wirtschaftsstandort zusammenleben,

fragte sich die ZAG Redaktion des öfteren in den Tagen des Rummels und der Empörung, erstaunt feststellend, daß es sie noch gibt, die Medienereignisse jenseits der achtstündigen Europapokal präsentiert von Ur-Deutsch-Bier Übertragungen und des Martyriums der heiligen Diana der Betonpfeiler. Und es gibt tatsächlich noch deutsche Schriftsteller, die sich zu anderen gesellschaftlich relevanten Themen als der Rechtschreibreform äußern. Bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Yasar Kemal lehnte sich Günther Grass nicht selbstgefällig übers Podium, sondern weit aus dem Fenster und drückte sein Unbehagen über die rassistische deutsche Politik aus. Er bezeichnete die Abschiebepraxis als »abermalige, diesmal aber demokratisch abgesicherte Barbarei.« Und bekam am nächsten Tag die Quittung der freien deutschen Presse, die mit dem »Stürmer« einst eines ihrer Spitzenerzeugnisse verlor. Unter einem Foto des Schriftstellers stand in schön großen Lettern »Wir wollen nicht mit diesem Mann in einem Land leben« in der Bild-Zeitung zu lesen. Da ließ sich auch Rumpelhintzchen nicht lumpen und forderte den Börsenverein auf, die Preisträger zukünftig nicht mehr selber den Laudator aussuchen zu lassen. Das ist doch ein Kulturbegriff, das ist doch ein Demokratieverständnis. Wenn da Herr Lafontaine zur Gegenrede ansetzt, hat das schon mehr mit Wahlkampf denn mit inhaltlichen Bedenken zu tun. Denn wenn sich die neue, sozialdemokratische Linie weiter fortsetzt, dann gibt es nach den Hamburger Wahlen nur eine Konsequenz. Endlich eine frühzeitige und eindeutige Koalitionsaussage, und zwar zu Gunsten der Republikaner. Oder der DVU.

Während also alle wenig gespannt auf das gegenseitige Rechtsüberholen der Parteien im »härtesten Wahlkampf aller Zeiten« warten, hielt die ZAG wieder mal nach den Unsichtbaren ohne Papiere Ausschau, die angeblich die Grundfesten des hiesigen Wirtschaftsstandortes zu erschütten drohen. Gut zwei Jahre ist es her, daß wir unseren ersten Schwerpunkt zur Illegalisierung herausgebracht haben. Und entgegen unserer sonst nicht ganz zu leugnenden Tendenz zu Unkenrufen, hat sich in der konkreten Arbeit und der Mobilisierung gegen die Illegalisierung tatsächlich einiges getan, und dies nicht nur in der Lindenstraße. Genauer nachzulesen ab der Seite 14.

München scheint sich ja sowieso zur Hochburg des Antirassismus zu entwickeln und da konnte selbst Bayern Manager Uli Hoeneß nicht mehr außen vor bleiben. Was er auch nötig hatte, nach dem im Champions-League Spiel gegen Istanbul die halbe Bayernkurve mit bekannt deftigem Fußballer-Humor »Ihr könnt zu Aldi fahren« anstimmte und dazu die passenden Tüten hochhielt. Ham wa jelacht. Herr Hoeneß allerdings nicht, denn schließlich ist sowas nicht nur ungehörig, sondern es sei da auch ein angesehener deutscher Konzern unberechtigt in Mißkredit gebracht worden. Wobei wir wieder bei der Feststellung von Herrn Grass sind, daß Deutschland ein allein zum Wirtschaftsstandort verkommenes Land sei.

Und damit dieser Wirtschaftsstandort auch weiterhin im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleibt, muß man stets für Innovationen offen sein. Für das Null-Toleranz-Polizei-Konzept aus New York zum Beispiel. Denn mit Null-Toleranz kennt man sich hier ja sowieso schon gut aus. Wer in New York wen toleriert und wen nicht, das könnt ihr in dem Interview mit Neil Smith auf der Seite 7 nachlesen.

Was wir auf unseren Kontoauszügen nachlesen können, ist zwar auch aufschlußreich, aber ebenfalls unerfreulich. Und da von einer fröhlichen Redaktion in erster Linie die LeserInnen profitieren, hat die folgende Nachricht auch etwas Positives. Ab nächstem Jahr 6 Mark fürs Einzelheft und 24 Mark fürs Jahresabo. Denn auch die ZAG erscheint im Wirtschaftsstandort. Dafür nerven wir Euch aber nicht mit »Soli-« Leider-leider-« und »Mir is' schon schlecht« Infantilismen.

Dafür wünschen wir jetzt schon ein gutes '98 und uns und Euch, daß in diesem Wirtschaftsstandort endlich wieder Gräser wachsen, die das Maul aufmachen.

Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage.

Eure ZAG Redaktion

■ von Mumia Abu-Jamal, 13.7.97

Klassenkampf gegen die Jugend

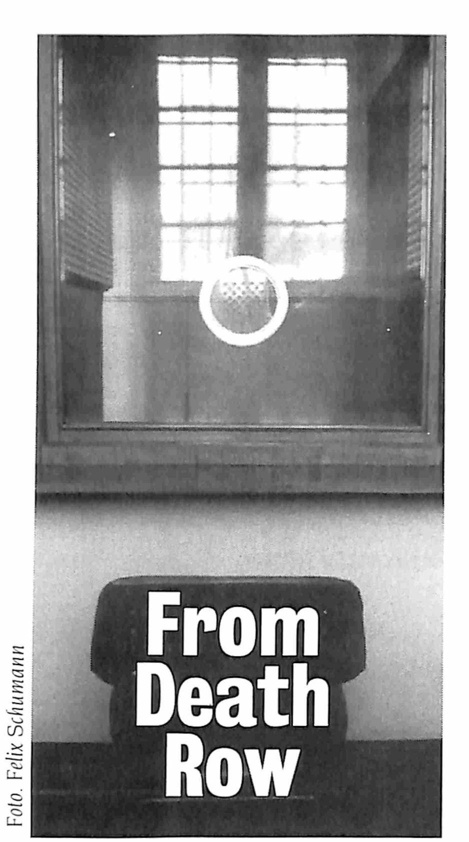


Foto: Felix Schumann

Bei einer Veranstaltung mit Mumias Anwalt Leonard Weinglass in Berlin am 22.9. nahm dieser auch Bezug auf die hohe Inhaftierungs- und Kriminalisierungsrate insbesondere von jungen schwarzen Männern in den USA.

»Richter sind die Produkte der Eindämmungspolitik. Das Strafverfolgungssystem ist für alle gewinnbringend, vom Richter bis zum Vollzugsbeamten, vom Kautionssteller bis zur Polizei, dem stellvertretenden Sheriff, allen. Der Neusklave, der junge männliche Schwarze, wird zum Futter, zum Rohmaterial für dieses industrieähnliche, auf Gewinn ausgerichtete System. Das Rohmaterial ist Schwarz und die, die von dem System profitieren, sind weiß.«[1]

Zwei Jungen mit brauner Hautfarbe werden in eine Zelle gestoßen, in der sie auf ihren Gerichtstermin warten sollen. Ihre Hosen hängen fast unterm Hintern, sie versuchen, ihren Blick ›tough‹ wirken zu lassen, also hart – aber ihr zierlicher Körperbau und ihre glänzende Gesichtshaut widersprechen dem.

Mit ihren wachen Augen untersuchen sie die winzige Zelle. Einer von ihnen geht in dem zwei Meter langen und anderthalb Meter breiten Käfig, der mit einer Glastür versehen ist, auf und ab. Der andere sitzt auf der harten, hölzernen Bank, seine Augen sind ohne Ziel, nachdenklich. Dann setzt sich auch der andere hin und sie sprechen miteinander, mit herabhängenden Schultern, die ihre Angst verraten. Um sie herum sind Männer zwischen zwanzig und vierzig, deren Augen schreckliche Schlitze sind, die dumpfe Wut ausdrücken. Die beiden Jungen sind sechzehn, aber sie zählen als Erwachsene.

Sie sind Zwerge in einem Land der Riesen und sie betreten einen Gerichtssaal, der es als heilige Pflicht ansieht, sie solange in die amerikanischen Gulags zu schicken, wie es nur (legal) möglich ist.

Egal aus welchen Absichten und zu welchem Zweck: Ihr Schicksal ist besiegelt. In einer Zeit, in der die Kriminalitätsraten stark sinken, schnellen die Inhaftierungsraten von Jugendlichen und von Erwachsenen in die Höhe.

Die von der US-Regierung veröffentlichten statistischen Daten zeigen diese Trends sehr überzeugend.[2] In US-Gefängnissen war 1990 die Anzahl der Jugendlichen an einem beliebigen Tag 2140. 1993 betrug diese Zahl 3400, das bedeutet ein Anstieg von 59%. Die tatsächliche Statistik über die Insassen an einem Tag in den Jugendknästen ist noch schlimmer, insbesondere, wenn man sie über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet. 1990 betrug die Zahl an einem Tag 2301, 1993 stieg sie auf 4300 an, also um 87%. 1994 stieg die Zahl auf 6725, das sind 192,2% mehr als 1990.[3] Die von der Regierung erstellten Opferstatistiken für Vergewaltigung, Raub und schwere Körperverletzung waren 1995 auf dem niedrigsten Stand seit 23 Jahren. Die Kriminalitätsstatistik des FBI zeigt für Mord eine ähnliche Tendenz.[4]

Ein Zitat aus dem FBI-Bericht: »1994 war die US-Bevölkerung im Vergleich zu 1973 genauso Opfer von Gewalttaten, aber erheblich weniger Opfer von Diebstahl. Von 1973 bis 1994 zeigten die Raten für Opfer von Gewalttaten Intervalle von Stabilität, Anstieg und Abfall, während die Raten für Diebstahl unaufhörlich sanken. Der Abfall in der Opferrate bei Gewalttaten im Zeitraum 1994/95 war der größte Abfall innerhalb eines Jahres, der je registriert wurde.«[5]

Da stellt sich die Frage, welcher Zusammenhang zwischen Kriminalitäts- und Inhaftierungsrate besteht. Und die Antwort scheint zu sein: Da gibt es keinen.

Die Inhaftierungsrate wird scheinbar nicht aufgrund einer wachsenden Kriminalitätsrate, sondern aufgrund der Bedürfnisse des Gefängnisindustrie-Komplexes gesteigert. Arme, Jugendliche und Schwarze sind das unwillige Rohmaterial, das die Maschine am Laufen halten soll wie lebendige Hähnchen ein McDonald's-Fließband.

Es gibt nicht mehr den geringsten Anspruch auf Rehabilitierung. Den zwei Jugendlichen stehen, wenn sie nicht ungewöhnlich viel Glück haben, Jahre über Jahre oder sogar Jahrzehnte von gehirntötender und die Seele zerstörender Verrücktheit bevor, die sie überleben oder auch nicht. Sie werden zu Männern in einer Umgebung ohne Frauen, ein sexuelles Schlachthaus. Sie gehen in ein System, das von jeder einzelnen ihrer quälenden Stunde profitiert. Sie sind Teil eines Systems, das sich zwar als Besserungsanstalt bezeichnet[6], aber einen über den High School Abschluß hinausgegehenden Schulabschluß verbietet. Sie begeben sich in eine von Menschen gemachte Hölle, wo das kalte Auge des »Gesetzes« sie als Männer betrachtet, während die Natur bestimmt, was sie wirklich sind: Jungen. Jungen, die aus der Welt verschwinden.

1 *Zitat von Judge Joseph* B.Brown, Jr., *Shelby County Court, Memphis* (*aus:* Linn Washington, Black *Judges on Justice*, New Press, New York, 1994, S. 60)

2 *in: Correctional Populations in the United States*, 1994 *and Criminal Victimization*, 1973-95.

3 (*Quelle: Correctional Populations in the United States*, 1994, US *Department of Justice, Bureau of Justice Statistics.* US *Government Printing Office, Washington* D.C., *June* 1996, S. 24, *Tabelle* 2.1)

4 *Quelle: Criminal Victimization.* US *Department of Justice, Bureau of Justice Statistics.* US *Government Printing Office. Washington* D.C. *April* 1997, S. 1

5 *ebd.* S. 1

6 Im *Amerikanischen heißt die* Knastbehörde ›*Department of Corrections*‹, Anm. d. Übers.

Flüchtlinge in allen Berliner Bezirken nur noch in Sammellager?

Wie aus zuverlässiger Quelle bestätigt wurde, existiert zwischen allen Berliner Sozialämtern eine Absprache, für Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz (Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge etc.) generell keine Mietkosten für neu angemietete Wohnungen mehr zu übernehmen. Entsprechend sieht nach unseren Erfahrungen die Praxis in allen Ämtern so aus, auch dort, wo man sich in den letzten Wochen gegenüber der Presse offiziell gegen die Sachleistungen ausgesprochen hat. Die Sachleistungen im Bereich der Unterkunft führen zu erheblichen Mehrkosten, zu Ausgrenzung und Diskriminierung, allein zum Zweck der Abschreckung.

Einige Beispiele:

Eine Mietwohnung (2 Zimmer) für 4 Personen ist – zu sozialhilferechtlich angemessenen Kosten für etwa 800 ,– bis 1000,–DM warm zu haben. Viele Betroffene kommen derzeit in unsere Beratung, weil sie eine solche Wohnung selbst gefunden haben und nun anmieten wollen. Die Mietübernahme wird aber regelmäßig vom Sozialamt abgelehnt. Das Sozialamt zahlt stattdessen für dieselbe Familie beispielsweise für ein Zimmer in einem SORAT-Wohnheim bei einem Tagessatz von 25,–DM eine Miete von 3000,–DM im Monat. Zusätzliche Kosten der Abschreckung allein für diese Familie: 2000,–DM/ Monat.

Eine von uns beratene Familie lebt seit 1989 in Berlin, sie wohnt in Kreuzberg in einer Zweizimmerwohnung, hat inzwischen 9 Kinder, das 10. Kind ist unterwegs. Das Sozialamt übernimmt die Miete für die vorhandene, aber zu klein gewordene Zweizimmerwohnung, lehnt aber die Mietkostenübernahme für eine dringend benötigte größere Wohnung ab. Konsequenz: Wer Kinder kriegt, muß eben ins Sammellager!

Eine alleinerziehende Mutter zieht in einem Mietshaus um, damit sie nicht mehr so viele Treppen steigen muß. Die neue Wohnung ist genauso groß und genauso teuer wie die alte Wohnung, sie geht daher davon aus, daß das Sozialamt auch die Miete übernehmen muß. Das Sozialamt lehnt ab, da neue Mietkostenübernahmen nach Umzug generell verweigert werden.

Konsequenz: Wer umgezogen ist, muß ins Sammellager, auch wenn die neue Miete sozialhilferechtlich angemessen ist!

Eine alleinerziehende Frau wird in ihrer im Erdgeschoß liegenden Wohnung von Nachbarn belästigt. Sie legt dem Sozialamt das Mietangebot für eine neue Wohnung vor. Das Sozialamt lehnt ab – die Frau muß sich weiter von ihren Nachbarn belästigen lassen oder ins Sammellager.

Ein Asylbewerber ist schwer herzkrank, hat einen Herzschrittmacher und künstliche Herzklappen. Die 10jährige Tochter ist ebenfalls herzkrank, hat ebenfalls bereits eine Herz-OP hinter sich, ständige Erreichbarkeit des Herzzentrums ist wegen der lebensbedrohlichen Erkrankung nötig. Beide brauchen Ruhe, müssen jede körperliche und seelische Belastung vermeiden, ärztlicherseits wird dringend angeraten, aus der Sammelunterkunft in eine Wohnung zu ziehen. Die Senatssozialverwaltung verweigert die Erlaubnis, eine Wohnung zu beziehen, da das Sachleistungsprinzip für die Wohnung Vorrang habe, »eine medizinisch begründete dringende Notwendigkeit für die Anmietung eigenen Wohnraums liegt nicht vor.«

Fakt ist, daß im Bereich der Unterkunft nach dem AsylbLG durchaus ein Ermessensspielraum besteht, Mietkostenübernahmen auszusprechen (= »Geldleistungen« im Sinne des Gesetzes). Weshalb alle Bezirke dies verweigern und dabei ganz erhebliche Mehrkosten in Kauf nehmen, ist nicht nachvollziehbar. Dies ist aber ein Baustein der derzeitigen Berliner Ausländerpolitik. Denn die Unterbringung in Sammellagern erleichtert die Durchsetzung des Prinzips der Vergabe von Sachleistungen und erleichtert auch die Organisation von Abschiebungen.

Georg Classen



Kundgebung vor dem Sorat-Hotel gegen die Lebensmittelmagazine des Konzerns. Foto: ARI

Let my people go oder Toleranz auf dem Land



»Schönstes Dorf 1992 und 1996«, dieses Schild begrüßt die Besucher, die in das beschauliche schleswig-holsteinische Oelixdorf Landkreis Steinburg gelangen. Ein Einfamilienhaus reiht sich ans andere, Geranien und Gerbera bilden formschöne Muster in den Vorgärten. Neben dem Supermarkt ein halb abgerissenes Plakat, »Internationales Fest gegen Ausländerfeindlichkeit«. Das findet heute hier statt, schräg gegenüber in der zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber.
Dort haben schon die Vorbereitungen zur Eröffnung des Festes begonnen, neben dem Podium versammelt sich eine Gruppe einheimischer Würdenträger um einen Biertisch, allmählich setzen sich einige Flüchtlinge an die danebenstehenden Tische.
»Durch das Feiern von Festen kann man vorhandene Berührungsängste zwischen Deutschen und Fremden abbauen«, legt der Leiter des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten los, begrüßt in Richtung Biertisch nickend die Ehrengäste aus dem Innenministerium und der lokalen Politik und überläßt nach ein paar weiteren Phrasen das Podium einem Vertreter des ZAST Betreibers, dem DRK Neumünster. Dieser dankt der Oelixdorfer Bevölkerung für die Toleranz, die trotz vieler schwieriger Situationen in den letzten Jahren den Flüchtlingen entgegengebracht wurde.

Nach einer kurzen Ansprache des Oelixdorfer Bürgermeisters beginnt das Kulturprogramm für die Flüchtlinge. Der Dorfpfarrer entert die Bühne, erzählt den Flüchtlingen die Story vom Volk Moses in Ägypten und von deren Schwierigkeiten, in ihre Heimat zurückzukehren, greift zur Klampfe und intoniert aus voller Kehle den Gospel »Go down Moses« und fordert die wenigen anwesenden Flüchtlinge auf, zumindest den Refrain »Let my people go« mitzusingen.
Rückblende:
Im Sommer 1992 kommen viele Flüchtlinge in die BRD, so auch nach Oelixdorf. Hier versuchen täglich 80 bis 100 Flüchtlinge, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Auf diesen Andrang ist die ZAST mit 180 Plätzen nicht vorbereitet. Die Öffnungszeiten der ZAST sind kurz, der Sommer ist warm, die wartenden Flüchtlinge kampieren logischerweise vor den Toren der ZAST und in der Umgebung, um am nächsten Tag überhaupt die Chance auf eine Antragstellung zu erhalten. Einige Flüchtlinge versorgen sich aus den reichhaltigen Gärten der Oelixdorfer mit Nahrung, dies erzürnt die Einheimischen genauso wie der Zustand, daß sich das Leben der Flüchtlinge durch die beengten Verhältnisse in der ZAST auf die umliegenden Straßen verlagert. Eine Bürgerinitiative gegen die ZAST, schon 1988 gegründet, gewinnt an Zulauf. Die Stimmung gegen die Flüchtlinge innerhalb der eingeborenen Bevölkerung steigt, ein Mord wird mit den Flüchtlingen in Verbindung gebracht, die etablierten Parteien heizen die Situation mit »runden Tischen zur Asylproblematik« mit an. Eine Bürgerwehr entsteht, die bewaffnet und mit Hunden durch die Straßen patrouilliert und für Ruhe und Ordnung sorgen will. Als am 23. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen die dortige Bevölkerung das Flüchtlingswohnheim angreift und in Brand steckt, ist auch in Schleswig Holstein Handeln angesagt. In großer Eile werden die meisten der Oelixdorfer Flüchtlinge in eine Bundeswehrkaserne nach Flensburg gebracht.

Im Sommer 1997 haben die Bürgerinitiative und der Dorfpfarrer ihr Ziel erreicht. Das Bundesamt läßt das Flüchtlingsvolk gehen, zumindest weg aus Oelixdorf. Hier werden seit Oktober 97 keine Flüchtlinge mehr aufgenommen, die Einrichtung schließt Ende des Jahres. Das Grundstück in bester Oelixdorfer Lage soll schon verkauft worden sein. Auch die Zweigstelle des Bundesamtes in Itzehoe macht dicht und geht nach Lübeck. Es kommen kaum noch Flüchtlinge in die BRD und damit auch nach Schleswig-Holstein und die Lokalpresse macht sich Sorgen um die ca. 100 Arbeitsplätze, die der Region verlorengehen.
Mit dem Abschied von der ZAST verabschiedet sich der Landkreis auch von einem liebgewonnenen Deal. Der Einrichtung der ZAST wurde 1985 unter der Bedingung zugestimmt, das dem Landkreis keine anerkannten oder geduldeten Flüchtlinge zugewiesen werden. Es bleibt abzuwarten, wieviel Toleranz die Einwohner des Landkreises diesen Flüchtlingen entgegenbringen werden.

Text + Foto: Andreas Lindhauer



The Revanchist City

Foto: Albert Zecheru

Vom 10. bis 11. Oktober 1997 fand am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin eine Tagung zur »Amerikanisierung der europäischen Städte« statt, auf der Neil Smith, Professor an der Rutgers Universität in New Jersey, seine Konzeption der »Revanchist City« vorstellen konnte. Eine Mitarbeiterin der Antirassistischen Initiative Berlin hat die Gelegenheit wahrgenommen, den Geographen, dessen inhaltlicher Schwerpunkt auf Gentrifizierungsprozessen[1] und der Entwicklung des Immobilienmarkts in New York City seit den 70er Jahren liegt, zu den jüngsten Ereignissen und Entwicklungen in der Hudson-Metropole zu befragen. Im Mittelpunkt des Interviews stand das Interesse an den – in den hiesigen Diskussionen vollkommen vernachlässigten – Hintergründen und Konsequenzen einer zunehmend sozial-rassistischen Polizeipraxis, die in den letzten Monaten unter dem Titel »Zero Tolerance-Policy« in der Bundesrepublik große Aufmerksamkeit erfahren hat.

ZAG: In Berlin haben wir im Zusammenhang mit dem Besuch von William Bratton in Berlin im August dieses Jahres viel vom »New Yorker Wunder« und dem Erfolg der »Zero-Tolerance-Politik« der New Yorker Polizei gehört und gelesen. Teilen der kritischen Öffentlichkeit sind vielleicht noch die Auseinandersetzungen rund um den Tompkins Square in der Lower East Side in Manhattan bekannt, wo sich bis zum Ende der 80er Jahre Obdachlose, Stadtteil-Organisationen, anarchistische Gruppen und Hausbesetzer Kämpfe mit der Polizei geliefert haben. Schon damals ging es nicht nur um die Aneignung eines Parks durch Obdachlose, sondern vielmehr um die umstrittene Nutzung von öffentlichen Räumen insgesamt und um die Vetreibung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen aus einem zur Aufwertung anstehenden Staddteil. Wann ist das, was hier den Medien und den Menschen in Berlin und der Bundesrepublik als »erfolgreicher Kampf gegen das Verbrechen« verkauft wird, in Manhattan eigentlich in Gang gesetzt worden?

Neil Smith: Der offizielle Startpunkt war das Jahr 1994, als die New Yorker Polizeistrategie Nummer 5, die auch bekannt geworden ist unter dem Titel »Reclaiming Public Space« (die Zurückgewinnung des öffentlichen Raums), zum ersten Mal richtig zum Einsatz kam. Das Ganze war mehr oder weniger ein gemeinsames Produkt oder auch »Baby« von Bürgermeister Guliano und dem damaligen Polizeipräsidenten Bratton. Aber eigentlich waren die Anfänge schon in den massiven Gentrifizierungsprozessen der 80er Jahre angelegt, als Obdachlosigkeit im größeren Maßstab erst geschaffen wurde. Natürlich gibt und gab es schon immer auch andere Gründe für Obdachlosigkeit in New York, aber man muß festhalten, daß in den 80er Jahren noch eine viel größere Symphatie in der Bevölkerung für obdachlose Menschen existierte. Das stimmt zumindest für breite Teile der Arbeiterklasse und zum Teil auch für die Mittelschicht, owohl die obdachlosen Menschen auch schon damals in den Straßen und Parks sehr präsent waren und versucht haben, mit Betteln ihr Überleben zu sichern. Damals, als die ökonomische Krise in New York, deren Höhepunkt in den Jahren 1989 bis 1993 erreicht war, zum ersten Mal so richtig spürbar wurde, ging es mit der Anteilnahme und dem Verständnis jedoch steil bergab. Plötzlich kehrte sich die Stimmung um und eine bestimmte und neue Form von »Revanchismus« und rechtem und reaktionärem Gedankengut machte sich breit. Dabei ging es nicht nur um die Obdachlosen, sondern auch darum, alle, die aus dem Rahmen fallen – seien es Obdachlose, Migranten, Feministinnen, Lesben und Schwule oder auch Gewerkschafter – für die ökonomische Depression verantwortlich zu machen. Dieser »Revanchis-

mus«[2] kehrt in absurder Weise am Ende der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts in die amerikanische Politik zurück. Auf jeden Fall ist es so, daß seit 1994 die Polizeistrategie Nummer 5 in New York diesen Wechsel oder die Rückkehr zum Revanchismus und zur revanchistischen Stadt symbolisiert. Und dieses Programm geht sehr offen mit der Frage um, wer Schuld hat an dem, was sie »Urban Disorder«, die Krise und den Zerfall der Stadt, nennen. Es sind die genannten Gruppen, die man zu kriminalisieren versucht.

Was ist Deiner Meinung nach das Motiv hinter dieser Politik?

Warum wurde die Zero Tolerance-Politik in New York überhaupt eingeführt? Sie wurde 1994 eingeführt. Wurde sie aufgrund der hohen Kriminalität eingeführt? Nein. Die Kriminalitätsrate in den USA und in New York City im besonderen ist seit Ende der achtziger Jahre kontinuierlich gesunken und erreichte ihren vorläufigen Tiefststand 1990. Das war 4 Jahre vor der Polizeistrategie Nummer 5. Wurde die Stratgie dann vielleicht aufgrund der fiskalischen Krise eingeführt, weil man kein Geld mehr hatte, den Bedarf an Wohnraum, Arbeitsplätzen und sozialen Dienstleistungen zu befriedigen? Nein, das war auch nicht der Fall. 1996 hatte die Stadt New York einen Haushaltsüberschuß von 450 Mio. US-$, was sogar für New Yorker Verhältnisse eine respektable Summe ist. Nichts von diesen Überschüssen ist in soziale Programme, etwa für Obdachlose, oder in Wohnungsprogramme geflossen. Also man muß schon genauer hinschauen und fragen, warum diese Polizeistrategie überhaupt angewendet wird? Mehrere Punkte spielen für das Verständnis eine wichtige Rolle: Im Laufe der Restrukturierung von den 70er bis hin zu den 90er Jahren hat sich die Identitätskrise derjenigen, die einstmals glaubten, das Land wäre fest in ihrer Hand, als die größte Krise erwiesen. Ich rede hier im besonderen über die weiße herrschende Klasse. Die Identitätskrise hat sich aber auch in der weißen Mittelschicht, vor allem bei den weißen Männern, bemerkbar gemacht. Sie haben Angst davor, die Kontrolle über das Land zu verlieren. Überall sind Einwanderer. Die schwarze Arbeiterklasse ist seit den 60er Jahren wesentlich mobiler geworden. Die Latinos sind politisch mobiler geworden. Die erkämpften Rechte für Lesben und Schwule gehören auch zu dieser Entwicklung, die ihnen Angst bereitet und ihre Identität herausgefordert hat. Und die Antwort auf diese Angst lautet Zero Tolerance. Und eines der symbolischen Angriffsziele sind die Obdachlosen, die für alle Übel verantwortlich gemacht werden. Man sagt: Wir können die Parks nicht mehr benutzen, weil die Obdachlosen dort sind. Sie haben uns die Parks weggenommen. Es ist vor allem diese Angst, die in der revanchistischen Stadt und in dem Ansatz Brattons, New York von der Kleinkriminalität, wie er es nennt, zu befreien, mobilisiert wird. Im Grunde genommen kriminalisieren sie eine ganze Reihe von sozialen Aktivitäten, die juristisch betrachtet überhaupt nichts mit Kriminalität zu tun haben. Sie kriminalisieren dich dafür, daß du zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort bist. Und manchmal bestrafen sie dich nur damit, daß sie dich einen Tag festhalten und dann wieder laufen lassen, und manchmal endet die Kriminalisierung in einem Mordversuch, wie der Fall von .... zeigt.

Der andere Punkt, der mir wichtig scheint, ist, zu erkennen, daß wir es nicht mit einer vorübergehenden Phase zu tun haben. Wir stehen vor einem epochalen Wandel. Es ist ein Wandel der politischen Kultur, eine politische Antwort der herrschenden Klasse und der weißen Mittelschicht, und zu einem gewissen Grad auch eine Antwort von Teilen der weißen Arbeiterschicht auf die massiven gesellschaftlichen Umstrukturierungen seit den 70er Jahren. Es hat eine Weile gedauert, bis sich diese besondere Form der revanchistischen Reaktion herausbilden konnte. Vor allem anderen zielt diese Reaktion darauf ab, sich die Stadt und das ganze Land in ihrem Sinne wieder anzueignen. Aus der Perspektive der Herrschenden und Eliten sind es die Obdachlosen, die Migranten, die Schwarzen, die Gewerkschafter und die anderen sogenannten Minderheiten, die ihnen die Städte und das Land weggenommen und gestohlen haben. Und nun ist es an der Zeit, sich die Städte wieder zurückzuerobern. Das ist ihre Sprache. Das ist ihre zutiefst anti-demokratische, bösartige und gefährliche Strategie und Politik.

Würdest Du behaupten, daß die Polizeistrategie Nummer 5 auch einen explizit rassistischen Charakter besitzt und daß auch in New York vor allem die Polizeibrutalität gegen Migranten und Flüchtlinge zugenommen hat – ähnlich wie wir es für Berlin beobachten? Oder hat sich an dem Umgang mit diesen Gruppen im Grunde nicht viel verändert?

Polizeiübergriffe waren in New York schon lange vor den 90er Jahren ein großes Problem. Seit 1994 jedoch sind diese Übergriffe noch mal enorm angestiegen. Sie sind von ihrem Charakter her offener, intensiver und bösartiger geworden. Und bei dem Fall eines Haitianers, der im August dieses Jahres durch die Medien ging, ist das ganz offensichtlich geworden. Bei ihm war es so, daß er versucht hat, einen Streit zwischen Polizisten und seinen Freunden zu schlichten. Dabei ist er festgenommen, zu einer Wache gebracht, von der Polizei zusammengeschlagen und mißhandelt worden. Dieses Beispiel zeigt ganz deutlich, daß die Polizeibrutalität in New York, die nur einen Teil des Revanchismus ausmacht, mindestens genauso stark mit Rassismus wie auch mit Klassenfragen zusammenhängt. Ungefähr 80 Prozent der Obdachlosen in New York, präzise Zahlen sind schwer zu ermitteln, sind entweder schwarz oder Latinos. Und daher haben wir es von Beginn an mit einer Bevölkerungsgruppe zu tun, die sehr stark durch ihre ethnische Herkunft gekennzeichnet ist. Ich würde sogar behaupten, daß der Revanchismus hier am Ende des 20. Jahrhunderts ähnlich wie der in Frankreich am Ende des 19. Jahrhunderts darauf ausgerichtet ist, die Vision einer Gesellschaft zu rekonstruieren, die von der weißen Mittelschicht bestimmt und kontrolliert wird.

In Berlin haben wir in der letzten Zeit eine Zunahme von Razzien beobachtet, die auf öffentlichen Plätzen, auf Baustellen oder im Dienstleistungsbereich stattfinden und direkt gegen sogenannte »Illegale« oder Menschen ohne Papiere gerichtet sind. Sind die »Undocumented Workers« auch in New York


Foto: Albert Zecheru

eine besondere Zielgruppe der Polizeikontrollen?

Auf jeden Fall gibt es in den USA eine bösartige Stimmungsmache gegen illegale Einwanderer. Kalifornien, wo es eine besonders hohe Zahl von mexikanischen Migranten gibt, spielt dabei sicherlich eine Vorreiterrolle. In New York war es bisher noch nicht ganz so schlimm. Aber auch hier haben die Gesetze, die auf der nationalen oder der Ebene der Bundesstaaten in den letzten Jahren verabschiedet worden sind, die Möglichkeiten der zuständigen Polizei- und Ordnungsbehörde (Immigration- and Naturalization Service) erweitert, Razzien an Arbeitsplätzen durchzuführen, um Leute ohne Papiere festzunehmen und abzuschieben. Wir haben es hier natürlich mit einer anderen Abteilung der Polizei zu tun. Es ist nicht das NYPD (New York Police Department), sondern die »Ausländerpolizei«, aber auch die gehört zur revanchistischen Stadt.

Selbst, wenn es sich um eine andere Behörde handelt, geht es im Grunde doch darum, die betroffenen Menschen einzuschüchtern und sie in ihrer Mobilität und in ihrem Sicherheitsgefühl einzuschränken. Gibt es eigentlich Erkenntnisse darüber, wie viele Menschen angesichts der Zero Tolerance-Politik der letzten Jahre Manhattan oder die Stadt New York insgesamt schon verlassen haben?

Es sieht so aus, daß seit 1991 – als es schon einmal eine konzertierte Aktion gegen Obdachlose gab, interessanterweise unter dem sozialdemokratischen Bürgermeister Dinkins Wanderungsbewegungen an die Peripherie der Stadt eingesetzt haben. Jedes Jahr werden Todesfälle von Obdachlosen bekannt, die umgebracht werden oder aufgrund der Kälte oder durch Feuer (umgefallene Kerzen, defekte Heizungsgeräte) sterben. In der Vergangenheit passierten diese Dinge vor allem in Manhattan, vielleicht auch mal in Brooklyn. Im letzten Jahr hatten wir diese Todesfälle verstärkt auch in den Außenbezirken der Stadt: Brooklyn, Queens und in der Bronx, wohin diese Menschen aus dem Zentrum vertrieben worden sind. Deine Frage ist wirklich schwer zu beantworten, weil es natürlich kaum brauchbares Zahlenmaterial gibt, aber ich denke schon, daß es Hinweise darauf gibt, daß viele Obdachlose New York City bereits verlassen haben. Und das ist kein unbeabsichtigter Nebeneffekt. New Yorks Bürgermeister Guliano hat ganz direkt geäußert, daß es das Ziel sei, Obdachlose aus der Stadt zu drängen. Und in gewisser Weise war er mit seiner Politik erfolgreich, wenn auch nicht in dem gewünschten Ausmaß.

Wir würden natürlich gerne auch noch mehr darüber erfahren, wie sich die Menschen gegen diese Politik der Vertreibung in New York zur Wehr setzen. Viele von uns waren froh darüber, daß es zumindest in Folge des brutalen Polizeiübergriffs im August dieses Jahres zu Massenprotesten gekommen ist. In Berlin ist es bisher recht schwer, eine größere Anzahl von Menschen zu mobilisieren, wenn es um Polizeibrutalität, um die Verdrängung aus den Innenstädten und allgemein um das, was ich als grundlegende Menschenrechtsverletzungen bezeichnen würde, geht. Dabei liegt das Problem nocht nicht einmal so sehr bei den Eliten, sondern bei den sogenannten »Durchschnittsbürgern«, die »gesäuberte« Einkaufszonen toll finden und nur ihre Ruhe haben wollen. Siehst Du in New York eine Entwicklung oder Tendenz, wo viele Menschen – insbesondere die Migranten-Communities – einfach die Schnauze voll haben und sich nicht mehr alles gefallen lassen wollen? Gibt es wachsende Anzeichen für Widerstand?

Doch, doch, ich glaube schon, daß sich in diesem Bereich etwas regt. Vor 10 oder 15 Jahren ging es den meisten Migranten, die von den karibischen Inseln, aus Süd- und Zentralamerika oder Südostasien etc. nach New York gekommen waren, so, daß sie sich vor allem um ihren Aufenthaltsstatus kümmern mußten. Und meistens waren die-

se Migranten-Communities nicht in der Lage, politisch zu reagieren, wenn nicht gerade Fragen anstanden, die direkt mit ihrem Heimatland zusammenhingen. Was sich seitdem verändert hat, ist, daß eine wachsende Zahl von Menschen und Communities in der Stadt aktiv geworden ist. An der Protestdemonstration nach dem Übergriff auf einen Haitianer waren mehr als 10.000 Personen beteiligt, und die kamen nicht alle ursprünglich aus Haiti. Der Demonstrationszug zog über die Brooklyn-Bridge zum Rathaus, um dort gemeinsam und entschlossen gegen die bösartigen Angriffe zu protestieren. Das zeigt, daß immer mehr Menschen, die jetzt schon seit 5, 10 oder 20 Jahren in der Stadt leben, erkennen, daß ihr Leben und ihr politisches Schicksal ebenso eng mit der Politik in New York City mit der in Port Au Prince verknüpft ist, oder daß New York für sie genauso wichtig ist wie Managua oder El Salvador oder Zentralamerika. Das macht mir Hoffnung. Viele der Migranten-Communities sind ausgesprochen politisch und viele sind politisiert worden. Vielleicht ist ihre Mobilisierung so etwas wie »ein Schuß in den Arm« für all die anderen in den USA, eine Auforderung, ihr politisches Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Nach den Aufständen 1992 in Los Angeles wurde ja auch – trotz der Desinformationskampagne in den Medien – deutlich, daß es hier nicht nur darum ging, daß Schwarze koreanische Geschäfte angegriffen haben. Es waren viel mehr und auch andere Menschen an diesem Aufstand beteiligt: Latinos, Weiße etc. Aber gerade für die Migranten-Communities hat sich gezeigt, daß es keine Trennung zwischen der Politik in ihrem Heimatland und der Politik innerhalb der USA geben kann. Wenn sich überhaupt etwas Positives über einen Aufstand sagen läßt, bei dem 50 Menschen ihr Leben gelassen haben, dann das: Die Menschen haben begriffen, daß sie sich nicht länger heraushalten können. Aber das Traurige ist auch, daß nach den Riots kaum etwas an organisatorischer Aufbauarbeit geleistet worden ist. Das ist ein klassischer Problem in den USA, das für die Arbeiterbewegung insgesamt gilt. Du hast lange Perioden, wo überhaupt nichts passiert, und dann plötzlich ungewöhnlich starke Eruptionen. Auf die folgt dann wieder eine lange Zeit der Stille, wenig Organisierung. Vielleicht besteht der Trick für uns darin, von Beispielen in Europa oder anderen Teilen der Welt zu lernen, wie man sich zwischen den Erruptionen besser organisieren kann.

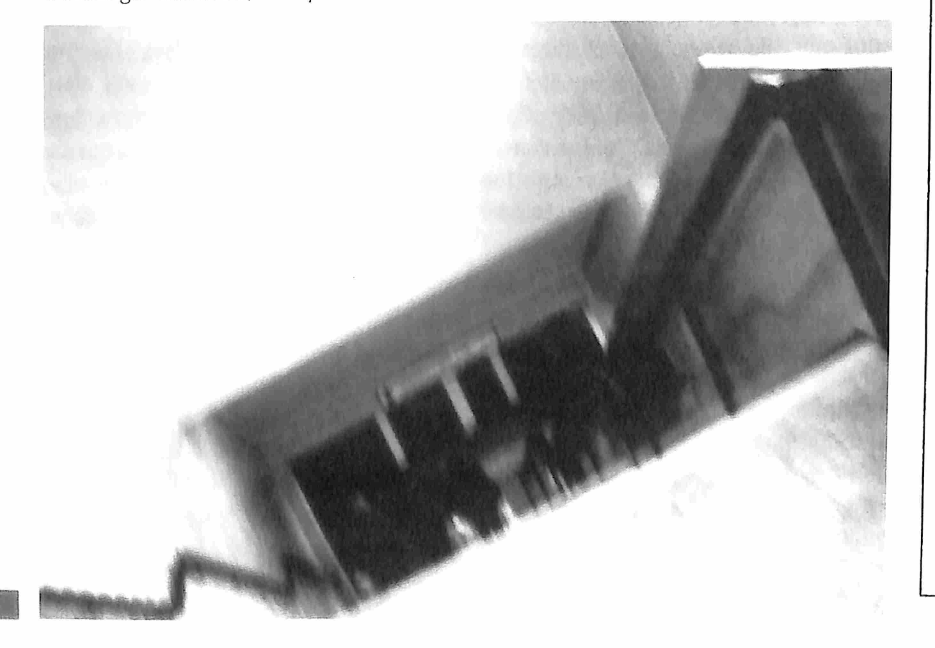
Interview und Übersetzung: Britta Grell

Zum Weiterlesen:

Neil Smith: New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. Routledge & Kegan, 1996. ISBN 0-415-13255-X. $ 19.95

1 Aufwertung von Stadtteilen und gleichzeitige Vertreibung von Armen von dort.

2 Im Französischen bedeutet dieser Begriff Rache und die Revanchisten am Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich waren eine politische Gruppe, die im Großen und Ganzen sehr nationalistische, patriotische, reaktionäre und an Familienwerten orientierte Positionen vertrat.



Journalismus – eine verantwortungsvolle Aufgabe

Zur Kriminalisierung von Schwarzafrikanern in Oldenburg

Seit einiger Zeit haben wir Schwarzafrikaner hier in Deutschland und vor allem in Oldenburg äußerst unangenehme Begegnungen mit der Polizei und der Bevölkerung. Meiner Ansicht nach hat die Art der Darstellung von Schwarzafrikanern in den Medien einen sehr wesentlichen Teil dazu beigetragen. Natürlich gibt es in allen Ländern der Erde gute und schlechte Menschen. Wenn ein Mensch Gesetzte übertritt, so sieht das Gesetz es vor, ihn – gleich welcher Hautfarbe, Religion etc. – zu bestrafen. Menschen sollen auf Grund ihrer Delikte und nicht auf Grund ihrer Hautfarbe oder anderer Merkmale verurteilt werden. Es ist nicht zulässig, von schwarzafrikanischen Dealern pauschalisierende Rückschlüsse auf die restliche schwarzafrikanische Bevölkerung zu ziehen. Wenn ich beispielsweise wegen eines Verbrechens festgenommen werde, sollte in der Zeitung stehen, »Ayé Carlos aus Oldenburg hat dies oder das getan« und nicht »Ein Schwarzafrikaner« oder »die Afrikaner...«. Man sollte »Afrikaner« genauso wenig in einen Topf werfen wie »Europäer«, denn Afrika ist ebenso wie Europa ein Kontinent mit vielen verschiedenen Ländern, Menschen und Ethnien. Warum also können schwarzafrikanische Drogenhändler, Diebe und Verbrecher, die dem deutschen (Ausländer)Gesetz unterstehen, nicht ebenso beurteilt werden wie entsprechende deutsche Kriminelle?

Wieso können deutsche Polizisten und Journalisten deutsche Kriminelle und Drogenhändler von der allgemeinen deutschen Bevölkerung abgegrenzt darstellen, schaffen dies aber nicht, wenn es um Schwarzafrikaner geht? Dies ist die Frage, die ich stelle.

Ich bin wirklich entrüstet über die Art, uns Schwarze zu sehen und darzustellen, quasi als Sündenböcke der deutschen Gesellschaft. Ich habe schon ein beklemmendes Gefühl, wenn ich in die Stadt gehe und mich in öffentlichen Räumen befinde Ich frage mich, was die Leute um mich herum denken, wenn sie solche Artikel gelesen haben, die Schwarzafrikaner pauschal als Drogenhändler abstempeln. Ich persönlich mußte in der letzten Zeit Polizeikontrollen wirklich diskriminierender Art ertragen, ganz zu schweigen von den vielen Nachfragen echter oder falscher Drogenabhängiger, ob ich ihnen »Stoff« verkaufen kann.

Nach der Lektüre bestimmter Artikel können LeserInnen jeden Schwarzen, der in Besitz eines Handys ist, als Drogenhändler verdächtigen. Schlimmer noch: unsere deutschen Frauen, die keine Vorbehalte gegen schwarze Männer haben, werden des öfteren in Artikeln pauschal der kriminellen Mittäterschaft beschuldigt. Demnach machen diese Frauen sich schon verdächtig, wenn sie den Familienwagen auf ihren Namen anmelden lassen, weil allein dieser Fakt sie zu Komplizinnen ihrer dealenden Ehemänner mache. Diese Art, Schwarzafrikaner zu verleumden, verunsichert auch Menschen, die bisher ohne Vorbehalte auf uns zugegangen sind. Ganz zu schweigen von den Menschen, die sich von einem solchen Artikel in ihrer rassistischen Haltung bestätigt fühlen.

Ich bin überzeugt, daß die Jagd auf Schwarzafrikaner nicht der Weg sein kann, das Drogenproblem anzugehen. Vor allen Dingen müßte doch versucht werden, dem Großhändler habhaft zu werden, der die kleineren (und u.a. auch schwarz-afrikanischen) Dealer beliefert. Zu bedenken ist auch, daß die alleinige Existenz von Drogen noch keine süchtigen Menschen erzeugt.

Das Problem des Drogenhandels wird keinesfalls durch die Verunglimpfung von Schwarzafrikanern in der Öffentlichkeit gelöst.

Diese ständigen Diskriminierungen, die einer rassistischen Ideologie folgen, zielen einfach darauf ab, uns aus dem Land zu treiben.

Meiner Ansicht nach ist der Beruf des Journalisten eine wichtige und verantwortungsvolle gesellschaftliche Aufgabe Bevor ein Journalist einen Artikel gegen eine Menschengruppe (»die Schwarzafrikaner«) schreibt, sollte er die Vor- und Nachteile seines Handelns genau abwägen. Was die Polizei betrifft, so liegt deren Aufgabe doch, wenn mich nicht alles täuscht, vorrangig im Schutz aller Bürgerinnen und Bürger – egal welcher Hautfarbe – und nicht darin, eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu verschrecken und zu verfolgen, als ob sie für alles Übel in Deutschland verantwortlich wäre.

Die schwarze Bevölkerungsgruppe, um die es sich hier handelt, ist an Bahnhöfen und anderen öffentlichen Orten dauernden Kontrollen durch die Polizei und ständigen Frustrationen über diese Diskriminierung ausgesetzt.

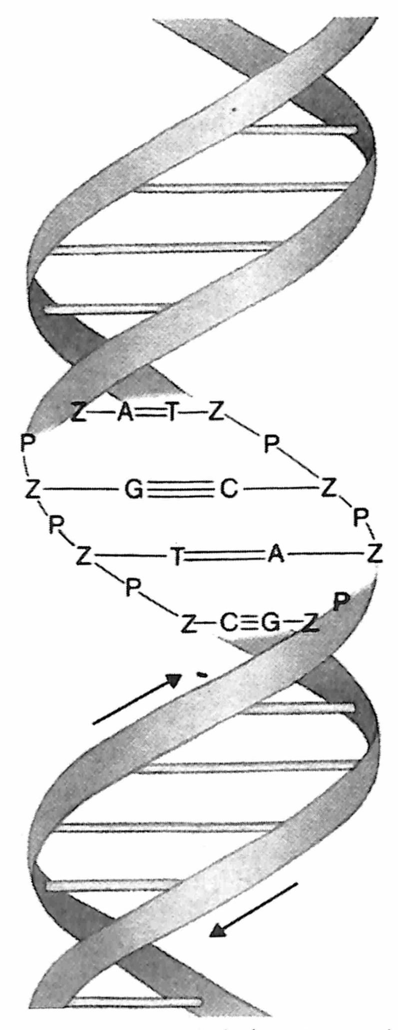
Diese Form des Rassismus führt bei mir dazu, daß ich es mir erspart habe, zum diesjährigen Stadtfest zu gehen, weil ich nicht wieder als einziger in der Menschenmenge herausgegriffen und kontrolliert werden wollte; dabei möchte ich als Schwarzafrikaner einfach nur genauso geachtet werden wie die Menschen um mich herum.

Zum Zeitpunkt, an dem ich dies schreibe, beschränken sich die meisten Schwarzafrikaner darauf, zur Arbeit, zum Einkaufen und nach Hause zu gehen. Sie gehen nicht zu Straßenfesten und selten spazieren, weil sie sich den Frust ersparen wollen, wieder einmal von der Polizei kontrolliert zu werden. Warum werden nicht alle Menschen gleich oft kontrolliert? So können sich auch alle Menschen gleich frei bewegen! Alle Menschen sind gleich – auch bei Polizeikontrollen! Warum gibt es keine freundlichen Beziehungen zwischen Polizisten und Schwarzafrikanern, ja warum finden »Unterhaltungen« zwischen Polizisten und Schwarzafrikanern überhaupt nur bei Ausweis- und Drogenkontrollen statt?

Achouet Bénoit-Carlos Ayé

Ein kurzer Nachtisch zum Juhnke-Syndrom

(zu: ZAG 24, S.11, Das Juhnke-Syndrom)



Dies ist ein Artikel der Kategorie »also eins muß ich doch noch dazu sagen«.

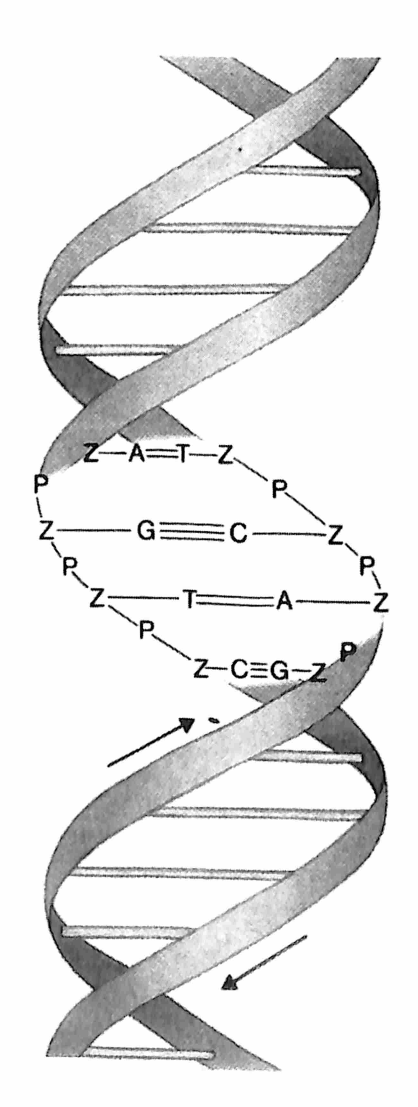
Die Empörung angesichts des in der ZAG 24 erwähnten Prozesses vor dem Amtsgericht in Berlin- Moabit – es ging um Volksverhetzung und Körperverletzung, ein Barkeeper war von einem pöbelnden Gast zusammengeschlagen worden – ist mehr als nachvollziehbar. Besonders deshalb, weil das Urteil und das Verständnis für die rassistische Haltung des Angeklagten ebenso exemplarisch ist wie die Ignoranz gegenüber dem Opfer. Bleibt es doch mehr als bedenklich, in diesem Zusammenhang Begriffe wie: »Das deutsche Unbewußte...« oder »Der ewige Deutsche...« zu wählen. Damit wird ›den Deutschen‹ eine spezifisch andere Grundstruktur, als dem Rest der Menschheit zumindest nicht abgesprochen. Da taucht die Frage auf, ob es nicht vielleicht doch ein ›deutsches Gen‹ gibt. Gegen ein solches könnte dann allerdings niemand langfristig handeln, schließlich handelt es sich um das unveränderliche Erbmaterial.

Das Argumentieren mit solchen nationalen Zuschreibungen steht allzu nahe an biologistischen Sichtweisen. Um nicht mißverstanden zu werden: Dies ist nicht die Unterstellung, der Autor des Artikels habe biologistische Sichtweisen. Kritisiert wird lediglich die Nutzung einer Ausdrucksweise mit biologistischem Hintergrund.

Die biologistischen Sichtweisen sind aber gerade der zu bekämpfende Kern rechter und rassistischer Theorien, da sie die Verantwortlichkeit des / der Einzelnen für sein / ihr Handeln ebenso verneinen wie die Entscheidungsmöglichkeit für verschiedene Handlungs- oder Denkweisen. Der / die Einzelne, so behaupten die biologistischen TheoretikerInnen, ist in seinem / ihrem Verhalten und Denken erblich vorbestimmt. In der Verquickung mit Nationalitäten gäbe es dann also eine deutsche, französische, ägyptische, amerikanische oder ugandische Grundstruktur. Ein Ergebnis dieser Theorien war z.B. die Feststellung eines speziell jüdischen Erbguts. Das Bedenkliche an Folgerungen wie: »Das deutsche Unbewußte scheint dem Holocaust nicht verabscheuend, sondern voller Bewunderung gegenüberzustehen; der millionenfache Mord der Nazis stellt also eine verschüttete Quelle von Macht und Kraft dar, die sich in nervösen Momenten einen Durchbruch zur Oberfläche verschafft.« liegt mehr im Kontext, der es schwer macht, die nationale Zuschreibung eines spezifischen ›Unbewußten‹ als satirisches Element oder als gesellschaftlich bedingt zu begreifen. Auch die Frage: »Wie aber kommen, unabhängig von ihrer Klasse, so viele ganz normale Deutsche, die es sich selbst nie hätten träumen lassen, nach ein paar Bieren ›Hitler hätte dich vergast‹ zu lallen?« hat eine Tendenz zur Nationalisierung dieses keineswegs seltenen, dennoch speziellen Falls. Daß es in der Geschichte der deutschen Staaten strukturelle gesellschaftliche Besonderheiten gibt, die wiederum bestimmte Verhaltensweisen förderten, ist bei Norbert Elias »Studien über die Deutschen« nachzulesen. Diese Besonderheiten sind aber eindeutig gesellschaftlich- ökonomisch bedingt und nicht biologisch, sind also keineswegs auf ›Deutsche‹ begrenzt. Da Rassismus als eine Zuschreibung negativ bewerteter Eigenschaften bezüglich rassisch konstruierter Gruppen verstanden werden muß (Robert Miles, Rassismus), ist für antirassistische Arbeit eine große Sensibilität im Umgang mit biologistischem Wortschatz notwendig, um nicht die zu bekämpfenden Argumentationsmuster und -schemata zu reproduzieren.

Selbst wenn dieser Fall viele Hintergründe gesellschaftlicher Art hat, so sind diese nicht mit nationalen Zuschreibungen einzugrenzen. Das gilt selbst dann, wenn man der Meinung anhängen sollte, daß in Deutschland einiges anders verläuft als in anderen Ländern.

Tobias Faßmeyer, ZAG Redaktion



Deutschland den Deutschen

Der Berliner Senat und natürlich vorne weg seine Leitfiguren, bekannt für christlich-sozialdemokratische Einstellungen bezüglich Fremden oder denen, die als Fremde angesehen werden, leistet sich zur Zeit einen weiteren Punkt auf der nach unten offenen Haider-Skala. Die sagenhaften Grenzübertrittsbescheinigungen für ›ausreisepflichtige Ausländer‹, die nicht abgeschoben werden können, wurden vom Bundesverwaltungsgericht als nicht zulässig festgestellt. Die Reaktion der von den Relikten eines Ausländerrechts – das hat was mit Recht zu tun – in ihrem ungesetzlichen Treiben gestörten Senatsavantgarde besteht natürlich darin, postwendend eine Verschärfung des Ausländerrechts zu fordern. Neben den in derartigen Angelegenheiten einschlägig bekannten Berliner Figuren Eberhard Diepgen (Regierender Bürgermeister) und Kuno Böse (Innenstaatssekretär), hat sich in letzter Zeit auch Barbara John (Ausländerbeauftragte) in den Vordergrund der Betonfraktion gespielt. Die Ausländerbeauftragte entwikkelte sich in letzter Zeit zur Abschiebebeauftragten ohne Pardon. Mit der Feststellung, daß jemand, der ausreisen könne, keine Duldung erhalten dürfe, hat sie schon lange bewiesen, daß humanitäres Denken und politische Realitäten für sie keinerlei Relevanz besitzen. Das Verständnis des ›Ausreisen-Könnens‹ ist für Frau John wahrscheinlich gleichzusetzen mit der Tatsache, daß aus Deutschland doch täglich Verkehrsmittel in andere Länder unterwegs sind. Die Forderung, Frau John und Konsorten zu Studienzwecken unter den üblichen Bedingungen in ein ›sicheres Land‹ abzuschieben, wird langsam von großer Dringlichkeit. Daß in diesem Konzert eine Stimme mit Verständnis für Rassismus nicht fehlen darf, ist logisch. Mit Sozialsenatorin Hübner (CDU) ist in diesem Senat eine Person zu finden, die Schmuddelgrenzen offensichtlich nicht kennt. Weil »Illegale«, das sind Personen ohne Papiere, in der Regel eine Bescheinigung erhielten, die den Bezug von Sozialhilfe ermöglichen, sieht sie dringend Handlungsbedarf, da sonst die Bevölkerung zu Rassismus provoziert werde. Wer hier wen zu was provoziert und von wem hier ein Verständnis für was suggeriert wird, bedarf keiner weiteren Erläuterungen. Aber dafür feiern wir ja alle ganz offiziell das »Europäische Jahr gegen Rassismus«. Biedermänner und -frauen als Brandstifter.

In den Tenor der Abschiebebeauftragten paßt auch das Konkurrenzprinzip bei den Abschiebeprojekten, benannt als Rückkehrprojekte, für die BosnierInnen. Zehn freie Träger schlagen sich um TeilnehmerInnen und bosnische Partner, um die Anschlußfinanzierung zu bekommen. Das hält das ganze möglichst billig und gewährleistet, daß die Projekte mit Sicherheit nicht kooperieren, also etwa TeilnehmerInnen, die im Projekt eines anderen Trägers wesentlich sinniger untergebracht wären, weitervermitteln. Zu den ohnehin reichlich makabren Projekten bleibt Frau John noch zugute zu halten, daß sie im Gegensatz zum Innensenat überhaupt irgendeine Abschiebe-(Rückkehr)hilfe durchführen will. Der Innensenat dagegen wartet eigentlich nur auf das Scheitern der Projekte. Nicht um zur Erkenntnis zu gelangen, daß die Abschiebung ausgesetzt werden müßte. Ganz im Gegenteil – um mit diesem humanitären Klimbim aufzuhören. Denn immerhin bekommen ja die RückkehrerInnen schön Unterstützung, die die in Bosnien und Herzegowina Gebliebenen nicht erhalten, was zu sozialem Frieden und einer prima Integration der RückkehrerInnen beiträgt. Für die Jugendlichen ist das weniger wichtig, denn für sie hat die bosnische Kriegsarmee einen erstklassigen Arbeitsplatz als Kanonenfutter reserviert. Sie ist fürsorglich bereit, ihnen zu helfen, durch die Flucht Versäumtes möglichst authentisch nachzuholen. Es könnte ja sein, daß ein Kriegstrauma bei irgendjemand nicht in schönster Blüte stände.

Bleibt zu resümieren: Die Politik des Berliner Senats fällt nicht aus der Phalanx der ›weg mit dem Sozialschnickschnack-Vertreter‹. Die extreme Rechte bedankt sich schon seit langem bei John, Hübner und Konsorten, denn bessere Werbung für ihre Parteien gibt es kaum. Steht eigentlich nur noch die längst fällige Grundgesetzänderung aus: von ›die Würde des Menschen ist unantastbar‹ zu ›die Würde des Deutschen ...‹. Wer dabei wieder vorneweg preschen dürfte – natürlich nur, damit die Bevölkerung nicht zu Rassismus provoziert werde – gehört zu den leichteren Rätseln.

Tobias Faßmeyer, ZAG Redaktion

Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität?

Foto: Albert Zecheru

Die Wege für eine legale Einreise nach Deutschland oder Europa sind für Flüchtlinge abgeschnitten. Doch die Illegalisierung der Einwanderung bremst die Menschen nicht, denen das Privileg auf freie Wahl des Wohnsitzes nicht gewährt wird. Sie sind gezwungen, mit einem Touristenvisum oder »illegal« einzureisen. Viele bemühen sich erst gar nicht um ein Asylverfahren, weil die Aussichten auf Erfolg verschwindend gering sind und die Chancen, länger bleiben zu können, unter Umständen besser stehen, wenn man den Behörden erst gar nicht bekannt wird. Gleichzeitig wird der Aufenthalt vieler hier lebenden ImmigrantInnen offiziell nicht verlängert. Auch diese Menschen leben »illegal« hier. Die sog. Illegalen sind das Produkt einer bestimmten Politik und es sollte daher von »Illegalisierten« oder »Menschen ohne Papiere« gesprochen werden. Die Zahl der Menschen ohne gültige Papiere nimmt beständig zu. Dieser Trend ist nicht neu. Schon seit Jahren beraten einzelne Personen in Beratungsstellen auch Menschen ohne Papiere. Sie taten und tun dies oft heimlich, um die Illegalisierten und sich selbst zu schützen oder auch, weil dies von ihren Dachverbänden gar nicht vorgesehen ist und sie unter Umständen die Stelle kosten könnte. Innerhalb antirassistischer Zusammenhänge wurde immer wieder die Idee der Schutzheirat diskutiert (und oft auch realisiert), Illegalisierte wurden und werden in Wohnungen versteckt. All diesen Ansätzen ist die direkte und konkrete Unterstützung Illegalisierter gemeinsam.

Sie sind aber wenig geeignet, das Problem der wachsenden Illegalisierung und damit auch Kriminalisierung von ImmigrantInnen ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Dies ist aber notwendig, um politische Forderungen formulieren zu können und so öffentlich Wege aus der »Illegalität« zu diskutieren. Aus dieser Überlegung heraus haben sich in der letzten Zeit neue Ansätze entwickelt: Konkrete Angebote zur Unterstützung von Illegalisierten werden dabei nicht verdeckt, sondern ganz offen angeboten und können so zur Schaffung einer breiteren Öffentlichkeit beitragen.

Ein Beispiel dafür ist das Berliner Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, dessen Arbeit wir in diesem Heft vorstellen. Außerdem beschreiben wir Beispiele aus der Arbeit mit Illegalisierten außerhalb Deutschlands, die Anregungen für die Arbeit mit Illegalisierten hier liefern können.

Diesen »Blick über den Tellerrand« wollen wir in den folgenden Nummern fortsetzen, um die anderswo gemachten Erfahrungen nutzbar zu machen. Das Anliegen, sowohl den Prozeß der Illegalisierung von immer mehr Menschen als auch deren alltägliche Lebensbedingungen ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, ist auch für die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« zentral. Angesichts der Tatsache, daß in einem Großteil der Medien Illegalisierte und deren UnterstützerInnen mit Kriminellen und besonders der organisierten Kriminalität gleichgesetzt werden, ist eine solche Gegenöffentlichkeit absolut notwendig. Dies um so mehr, als sich bereits jetzt abzeichnet, daß die Themen innere Sicherheit, Kriminalität und das sog. Ausländerproblem mit Sicherheit den Wahlkampf 1998 bestimmen werden. Während über die Ziele der Kampagne weitgehende Einigkeit besteht, wird über den Weg zu ihrer Verwirklichung gestritten. Ist es notwendig klare Forderungen – auch an den Staat – zu stellen oder müssen zunächst eigene Strukturen aufgebaut und vernetzt werden, die entsprechend Druck erzeugen können? Erste Antworten liefert die Debatte, die wir auch in den folgenden Ausgaben der ZAG fortsetzen werden.

ZAG

Wir fragen nicht nach den Papieren

USA: Erfahrungen einer Latino-Organisation mit der Arbeit mit Illegalisierten



Foto: © Martha Tabor / Working Images Photographs

Orte wie diesen gibt es in vielen Ländern der Erde: Eine belebte Strassenkreuzung in einem Vorort von Washington D.C., Tankstellen, Fast-Food-Imbisse, viel Durchgangsverkehr. Hier sammelt sich früh an jedem Morgen eine Gruppe von Menschen, die auf einen Job hoffen: Sie sind »day workers«, die meisten sind ImmigrantInnen aus lateinamerikanischen Ländern, vor allem aus Zentralamerika. Diese Menschen sind schlecht ausgebildet, sprechen nur wenig oder kein Englisch. Ein Wagen oder Kleinbus hält an, eine kurze Verhandlung, ein paar Leute steigen ein. Die Jobs sind oft auf Baustellen, aber auch nach Putzkräften und Haushaltshilfen wird gefragt. Kranken- oder Unfallversicherung gibt es nicht, die Arbeit ist schlecht bezahlt. Oder auch gar nicht bezahlt: In vielen Fällen weigern sich die ArbeitgeberInnen, nach geleisteter Arbeit den vereinbarten Lohn zu bezahlen. Die ArbeiterInnen glauben meist, sich das gefallen lassen zu müssen, denn viele haben keine Papiere, sie sind sogenannte »Illegale« in diesem Land.

Im Jahr 1990 entschließen sich zwei Rechtsanwältinnen, mit den ArbeiterInnen zusammenzuarbeiten. Sie arbeiten zuerst aus dem Kofferraum ihres Autos, fragen die ArbeiterInnen nach ihren Erfahrungen, leisten Rechtsberatung. Nach einiger Zeit übernimmt eine örtliche Solidaritätsorganisation, die »CASA de Maryland«, die seit 1985 elementare Dinge wie Lebensmittel für Latino-ImmigrantInnen zur Verfügung stellt, diese Arbeit. Das Büro wandert in einen Wohnwagen. Nach zwei Jahren stellt der Landkreis ein Grundstück mit Haus in der Nähe zur Verfügung. Ziel des »Center for Employment and Training«, nunmehr der Schwerpunkt der Arbeit der »CASA de Maryland«, ist es, die Jobvermittlung für die ArbeiterInnen zu erleichtern, sie vor Ausbeutung zu schützen und sie weiterzubilden. Daneben bietet die Organisation, die mittlerweile 11 MitarbeiterInnen hat, weitere Dienste für Latino-ImmigrantInnen mit oder ohne Papiere an. Gustavo Torres, Direktor von »CASA de Maryland«, sprach mit der ZAG über die Erfahrungen bei der Arbeit mit Menschen ohne legalen Status.[1]

Ich denke, daß kein Mensch »illegal« ist. Manche haben Papiere und manche nicht

ZAG: Aus welchen Ländern stammen die Leute, die zu Ihnen kommen?

Gustavo Torres: Die meisten sind Latinos und Latinas aus Nicaragua, El Salvador und Guatemala, vor allem El Salvador und Guatemala. Wir haben auch viele Leute aus Kolumbien, wegen der politischen Situation dort, sowie aus Peru und Bolivien. Gerade jetzt kommen viele Menschen aus Mexiko.

Wieviele der Leute haben keinen legalen Status[2] hier in den USA?

Wir führen darüber keine Statistik, zum einen aus Sicherheitsgründen, zum anderen weil unsere Angebote aus Prinzip jedem und jeder offenstehen, egal, was für einen legalen Status die Person hat. Aber wir glauben, daß mindestens 50–60% unserer Community keine Papiere hat. Sie sind vor ein paar Monaten oder Jahren hierhin gekommen und haben keine Möglichkeit, Papiere zu bekommen. Ich benutze das Wort »documented«, weil wir die Begriffe »legal« oder »illegal« nicht gebrauchen wollen. Ich denke, daß kein Mensch »illegal« ist. Manche haben Papiere und manche nicht.

Wenden Sie sich spezifisch an Menschen ohne Papiere?



Überhaupt nicht. Jeder und jede, die kommt, ist willkommen. Wir haben auch Leute, die schon die US-Staatsbürgerschaft besitzen. Sie versuchen, hier Jobs zu finden oder Berufstraining und Gesundheitsinformationen in Anspruch zu nehmen. Hier in Maryland sind wir neben dem »Catholic Center« die einzige Latino-Organisation, die sich nicht um den legalen Status der Community kümmert, die kommt, um unsere Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Was für Leistungen können Menschen ohne Papiere denn hier in Anspruch nehmen?

Zuerstmal muß ich sagen, daß sie Vertrauen zu uns haben, weil wir eine Organisation der Latino-Community sind. Viele unserer Angestellten sind selbst Flüchtlinge. Einer der wichtigsten Werte, die wir als Latinos haben, ist – neben der Familie – der persönliche Kontakt. Wenn zum Beispiel ein Immigrant oder eine Immigrantin hierhin kommt und nach Gustavo oder George fragt, dann zeigt das, daß er oder sie eine persönliche Beziehung zu dem jeweiligen Angestellten haben will.

Unsere Leistungen für die Community umfassen die Vermittlung von Jobs, Jobtraining, Hilfe bei der Wohnungssuche. Dann leisten wir soziale Dienste, verteilen z.B. Lebensmittel. Wir haben auch ein Projekt zur Information über und Verhinderung von HIV-Infektionen, denn das ist ein echtes Problem in der Latino-Community. In unserem Rechtsbüro beraten und vertreten wir EinwanderInnen juristisch. Wir bieten Englischunterricht an, der allein in diesem Jahr von mehreren Hundert ImmigrantInnen in Anspruch genommen wurde. Da manche in der Latino-Community kein Spanisch lesen oder schreiben, organisieren wir Alphabetisierungskurse in Spanisch für sie. Außerdem haben wir Veranstaltungen für Frauen über Gewalt in der Ehe[3] – auch ein Thema in der Latino-Community – und bieten Informationen über Machismo an. Diese Angebote sind für jeden/jede, einschließlich der Leute ohne Papiere.

Was sind die gesetzlichen Einschränkungen ihrer Arbeit mit Menschen ohne Papieren?

Wenn eine Organisation Geld von der Regierung erhält, dann darf sie keine Leistungen für Leute ohne Papiere anbieten. Wie gehen wir damit um? Wir haben eine Menge unterschiedlicher GeldgeberInnen, private Stiftungen, andere Institutionen, verschiedene Kirchen, PrivatspenderInnen, ja sogar Spenden von Flüchtlingen. Von diesem Geld finanzieren wir Leistungen für Menschen ohne Papiere.

Wieviele Menschen kommen jeden Tag zum »Center for Employment and Training«, um Arbeit zu suchen?

Zwischen 125 und 150, die meisten Latinos aus Guatemala und El Salvador. Aber wir vermitteln auch Jobs an andere Minoritäten, die ebenfalls unter dem Neoliberalismus leiden, so z.B. an »African-Americans« und an afrikanische ImmigrantInnen.

Was für Jobs werden angeboten?

Die meisten sind Bauarbeiterjobs. Viele der Jobs sind Hilfsarbeitertätigkeiten. Wir haben auch Zimmermannjobs sowie Arbeiten als Maler, Rigipser oder Gartenarbeiten.[4] Für Frauen sind es vor allem Kinderbetreuung und Putzjobs.

Wie ist die Bezahlung?

Wir fordern den Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin auf, sieben Dollar Stundenlohn zu bezahlen, wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin ungelernt ist. Aber wenn du Erfahrung als Maler, Zimmermann etc. hast, dann versuchen wir, zwischen ArbeiterIn und ArbeitgeberIn einen besseren Stundenlohn auszuhandeln, der normalerweise zwischen zehn und dreizehn Dollar liegt.

Haben Sie in der Jobvermittlung einen festen Kreis von Jobsuchenden, oder kommen ständig neue?

Unser Ziel ist es, den Leuten eine feste Vollzeitarbeitsstelle zu vermitteln. Aber wegen der Wirtschaftslage und des Ausbildungsniveaus der ArbeiterInnen sind die meisten Jobs nur für einen oder zwei Tage, oder sogar nur für ein paar Stunden. Daher haben wir Leute, die jeden Tag wiederkommen, um einen neuen Job zu finden. Auf der anderen Seite sehen wir jeden Tag neue Gesichter, Menschen, die gerade erst vor zwei oder drei Tagen aus El Salvador, Guatemala oder Mexiko gekommen sind.

Arbeitgeber, die Leute ohne Papiere einstellen, können vom Staat mit saftigen Strafen belegt werden. Was erzählen Sie denen?

Also, wir haben hier Informationen für ArbeitgeberInnen, die jemanden für einen festen Job brauchen. Manchmal interessieren sich die ArbeitgeberInnen auch nicht für die legalen Einschränkungen, weil sie schnell jemanden brauchen, der ihre Arbeit gut erledigt. Und Latinos/Latinas haben einen guten Ruf als hart Arbeitende. Normalerweise sind wir verpflichtet, dem Arbeitgeber oder der Arbeitgeberin zu sagen: Sie sind gesetzlich verpflichtet, die ArbeiterIn nach Papieren zu fragen. Aber wenn es sich nur um einen Job für einen oder zwei Tage handelt, dann gibt es keine gesetzliche Verpflichtung, nach Dokumenten zu fragen, erst ab drei Tagen.

Was erzählen Sie den Leuten, die ohne Papiere kommen?

Zuerst einmal erklären wir ihnen die gesetzliche Lage. Manche versuchen, falsche Papiere zu organisieren, weil sie dringend einen Job brauchen. Wenn die Einwanderungsbehörde eine Razzia macht und dich ohne Papiere aufgreift, dann bist du in Schwierigkeiten. Aber du bist in Riesenschwierigkeiten, wenn du falsche Papiere hast. Daher sagen wir unseren Leuten: Bitte tut das nicht.

Wir erklären ihnen auch, was sie tun sollen, wenn die Einwanderungsbehörde kontrolliert. Sie sollen keine Auskünfte geben, insbesondere nicht darüber, wo sie herkommen, sonst werden sie innerhalb kürzester Zeit abgeschoben. Sie sollen sagen: Ich brauche eine RechtsanwältIn oder ich will »CASA de Maryland« anrufen, um mich juristisch beraten zu lassen. Nach dem Gesetz hast du zwei Stunden Zeit, um eine RechtsanwältIn, die Familie oder eine FreundIn anzurufen.

Was wir den Leuten noch raten: Hängt nicht auf der Straße herum, trinkt nicht in der Öffentlichkeit[5], vermeidet Probleme mit der Polizei. Fahrt vorsichtig, so daß ihr nicht in Unfälle geratet. Denn die Einwanderungsbehörde benutzt all dies als Vorwände, um gegen Im-

migrantInnen ohne Papiere, die von Abschiebung bedroht sind, vorzugehen. Wir raten unseren Leuten, sich gut zu benehmen.

Sie haben über die Löhne gesprochen. Gibt es irgendeine Art der Krankenversicherung über die Jobvermittlung?
Nein, weil wir kein Arbeitgeber, sondern eine gemeinnützige[6] Organisation sind, die nichts für ihre Leistungen verlangen darf. Wenn wir Geld verlangen würden, wären wir eine kommerzielle Arbeitsvermittlungsagentur. Außerdem: Wenn wir Geld nähmen, dann müßten wir nach den Papieren fragen. Das wollen wir nicht und das werden wir auch niemals tun.

Am wichtigsten ist es uns, unsere Leute auszubilden und ihnen ihre Rechte zu erklären.

Mal angenommen, ein Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin weigert sich, die ArbeiterIn zu bezahlen und es kommt zum Gerichtsverfahren. Wenn die ArbeiterIn keine Papiere hat, beeinträchtigt das die Chancen im Verfahren? Wie gehen Sie in einem solchen Fall vor?
Zuerst einmal wird die ArbeiterIn große Angst davor haben, vor Gericht zu gehen. Wir hatten mehrere Fälle, in denen die Person uns nichts davon erzählen wollte, daß sie nicht korrekt bezahlt worden war, weil sie dachte, wenn ich vor Gericht gehe, gerate ich in Schwierigkeiten. Aber ich will hier bleiben, denn ich schulde jemandem in meinem Heimatland noch 5000 Dollar dafür, daß er oder sie mich hierhin gebracht hat. Bevor ich mich beschwere, muß ich diese Person bezahlen. Aber nach dem Gesetz hast du das Recht, vor Gericht zu gehen, auch wenn du keine Papiere hast. Das bringt die Leute überhaupt nicht in die Gefahr, abgeschoben zu werden.

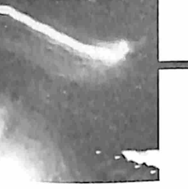
Wie funktioniert Ihre Rechtshilfe?
Am wichtigsten ist es uns, unsere Leute auszubilden und ihnen ihre Rechte zu erklären. Wir geben ihnen z.B. ein kleines Buch, in das sie alle Daten über den Arbeitgeber/die Arbeitgeberin und das Arbeitsverhältnis schreiben sollen, z.B. wann es angefangen hat und welcher Lohn vereinbart wurde. Wenn die ArbeiterIn Grund zur Beschwerde hat, kann er oder sie diese ganzen Informationen an die RechtsanwältIn weitergeben. Wir haben zur Zeit 350 offene Rechtsstreitigkeiten, weil ArbeiterInnen nicht bezahlt wurden. Die Summen reichen von 100 Dollar bis zu 20.000 Dollar. Zum Beispiel haben wir ein Verfahren gegen jemanden von einer mittelamerikanischen Botschaft, der eine Frau als Babysitterin und Putzfrau eingestellt hat. Sechs Monate lang wurde sie nicht bezahlt, keinen einzigen Penny. Diese Frau hatte große Angst, deportiert zu werden, falls sie vor Gericht ginge. Als sie von CASA hörte, kam sie in unser Rechtshilfebüro. Wir klagten und wir werden diesen Prozeß mit Sicherheit gewinnen.

Und kommt das in ihre Einwanderungsakte?
Überhaupt nicht. Die interessieren sich für das Vorstrafenregister, aber nicht für arbeitsrechtliche Streitigkeiten.

Wie viele dieser 350 offenen Fälle betreffen ArbeiterInnen ohne Papiere?
Vielleicht 35–40%.

Was unternehmen Sie noch, wenn der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin nicht bezahlt?
Seit zwei Monaten machen wir kleine Demonstrationen vor dem Haus oder dem Geschäft des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin. Wissen Sie, was das Problem ist mit der Justiz in diesem Land? Sie arbeitet sehr gut und effizient für die reichen Leute. Wenn zum Beispiel ein Latino die Miete nicht bezahlt, sitzt er in drei Tagen auf der Straße. Wenn aber ein Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin die ArbeiterIn nicht bezahlt, dauert es sechs Monate oder mehr, um den Fall zu klären. Und wenn du den Fall gewonnen hast, bezahlt der


Foto: © Martha Tabor / Working Images Photographs



Arbeitgeber/die Arbeitgeberin immer noch nicht, wenn er oder sie nicht will. Also gehen wir zu ihren Häusern oder ihren Geschäften und versuchen, die Nachbarn anzusprechen: Schaut mal, dieser Arbeitgeber bezahlt seine Arbeiter nicht. Wir stellen sie oder ihn bloß.

Ist das ein Dilemma für Sie, daß »CASA de Maryland« Ausbeutung unterstützen könnte, wenn einerseits die Löhne niedrig sind und andererseits keine Krankenversicherung existiert?

Ja, Sie haben Recht. Wir sind in einer sehr schwierigen Position, denn wir versuchen einerseits, Jobs für die Leute zu finden. Gleichzeitig wollen wir ihnen helfen, bessere Löhne zu verdienen. Also versuchen wir, die Community zu organisieren. Wir fangen gerade damit an, Gruppen in den einzelnen Berufen zu organisieren, zum Beispiel bei den Malern oder Zimmerleuten, um ihnen zu helfen, sich selbst zu organisieren und bessere Löhne sowie eine Krankenversicherung zu fordern.

Wenn ein Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin zum »Center for Employment and Training« kommt, um jemanden einzustellen, so wird sein oder ihr Name registriert. Führt das nicht dazu, daß der Arbeitsmarkt für ArbeiterInnen ohne Papiere austrocknet, da ArbeitgeberInnen, die bereit sind, Leute ohne Papiere einzustellen, nicht registriert werden wollen?

Ich verstehe, was Sie meinen, aber wir glauben, daß eine Registrierung der ArbeitgeberInnen sehr wichtig ist. ArbeitgeberInnen, die nicht hierhin kommen wollen, um sich registrieren zu lassen, wollen normalerweise auch die ArbeiterInnen nicht bezahlen. Insbesondere dann, wenn wir hier nicht genügend Arbeit haben und wenn ArbeiterInnen in einer Notlage sind, weil sie die Miete oder Lebensmittel bezahlen müssen oder weil sie 100 Dollar in ihr Heimatland schicken müssen, gehen sie auf die Straße[7] und versuchen dort, einen Job zu bekommen, auch wenn der Stundenlohn nur fünf Dollar ist. Manche ArbeitgeberInnen – und ich betone, daß das nicht für alle gilt – nutzen diese Situation aus, um Leute einzustellen, ohne sie zu bezahlen.

Haben ihre KlientInnen Probleme mit Razzien der Einwanderungsbehörde?

Ständig. Man kann ständig Gerüchte hören wie: »Erinnerst du dich an Gustavo? Die Einwanderungsbehörde hat ihn gerade in seiner Wohnung oder auf der Straße geschnappt.«

Die Einwanderungsbehörde (INS) behauptet, sie würde nur »kriminelle AusländerInnen« verfolgen.

Das ist nicht wahr. Letztes Jahr zum Beispiel hat die Einwanderungsbehörde eine Razzia in allen Restaurants in Bethesda[8] gemacht und 75 Latinos verhaftet sowie viele Einwanderer aus Rußland und Afghanistan, wenn ich mich nicht täusche. Die INS hat sie festgenommen, weil die ArbeiterInnen keine Papiere hatten. Außerdem haben sie die ArbeitgeberInnen mit Strafen belegt. Die Festgenommenen sind ehrliche ArbeiterInnen[9], sie arbeiten sehr hart, aber die Einwanderungsbehörde kommt einfach vorbei und macht eine Razzia. Wir haben bei diesem Anlaß eine Menge Krach veranstaltet und das ist der Grund, vermute ich mal, warum sie nicht wieder gekommen sind. Die Community ist sehr besorgt und verängstigt wegen dieser Ereignisse.

Normalerweise haben sie zwei oder drei Jobs gleichzeitig, auch ohne Papiere

Gab es in der letzten Zeit andere Razzien am Arbeitsplatz?

Ständig, zum Beispiel in Hühnerfarmen auf der »Eastern Shore« in Maryland, in Restaurants oder in Gärtnereifirmen. Die Einwanderungsbehörde konzentriert sich auf diese Art Firmen, weil sie weiß, daß schlecht ausgebildete ArbeiterInnen, manchmal ohne Papiere, dort arbeiten. Die Einwanderungsbehörde ist sehr stolz darauf, denn sie erhalten Abermillionen Dollars,[10] dreimal so viel wie vor zwei Jahren, und sie müssen darlegen, wie sie ihren Etat ausgeben. Sie haben eine Deportationsquote.

Wie hoch ist die Quote in diesem Jahr?

Ich glaube, sie liegt zwischen 90.000 und 96.000 Menschen, ich bin mir nicht sicher. Der Kongreß[11] sagt der Einwanderungsbehörde »Hier habt ihr 300 Millionen Dollar, nun mal los.« Die Einwanderungsbehörde INS tut, was sie tun muß, oder ihr Budget wird vom Kongreß zusammengestrichen.

Wäre es besser, wenn die INS als Behörde abgeschafft würde, wie vor kurzem eine parlamentarische Kommission vorgeschlagen hat?

Jede Veränderung der Einwanderungsbehörde wäre in der gegenwärtigen Situation eine Verbesserung für die Latino-Community. Wir verstehen, daß dieses Land das Recht hat, Einwanderungspolitik zu machen, aber das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, daß sie eine besondere Bevölkerungsgruppe herausgreift, nämlich die Latino-Community.

Hat ihre Organisation schon mal Probleme mit der Einwanderungsbehörde gehabt?

Na klar, wenn die Behörde etwas unternimmt, was die Community angreift, dann sind wir natürlich auch betroffen. Aber direkt, als Organisation, nein, das nicht. Wir haben einen guten Ruf und sie haben großen Respekt.

Wie ist die Lebenssituation der Menschen ohne Papiere?

Normalerweise haben sie zwei oder drei Jobs gleichzeitig, auch ohne Papiere, denn die Löhne sind sehr niedrig. Auch wenn der gesetzliche Mindestlohn zur Zeit 4,75 Dollar pro Stunde ist, so verdienen viele nur vier Dollar pro Stunde oder sogar weniger. Daher haben sie zwei oder drei Jobs und arbeiten von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Sie kommen nur zum Schlafen nach Hause und gehen dann wieder zur Arbeit. Das Wochenende verbringen sie mit Freunden und Freundinnen, denn normalerweise leben sechs, sieben oder acht Personen in einer Wohnung.

Wie ist die allgemeine gesellschaftliche Lage von Menschen ohne Papiere?

Die Situation verschlechtert sich. Die Menschen haben große Angst, aus dem Haus zu gehen. Selbst wenn die Polizei keinerlei Befugnis hat, sie festzunehmen, so hat sie in einigen Fällen doch die Einwanderungsbehörde INS benachrichtigt. Wir haben hier in Montgomery County[12] ein gutes Ver-

hältnis zur Polizei, normalerweise tun die so etwas nicht. Aber manchmal passiert es eben doch. Die Polizei ruft die Einwanderungsbehörde an: »Ich habe hier jemanden ohne Papiere, kommt vorbei und nehmt ihn oder sie fest.« Und die rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich natürlich in letzter Zeit laufend verschlechtert.[13]

Wie reagieren die Leute auf diese Situation?

Manche Leute sind sehr wütend, andere kehren in ihre Herkunftsländer zurück. Wir haben Leute, die sehr erschöpft und angespannt sind, Menschen, die aus Angst nicht schlafen können. Auf der anderen Seite drücken manche ihre Wut, ihre Beschwerden und ihre Sorgen in Demonstrationen aus. 1996 haben wir als Teil eines landesweiten Bündnisses verschiedener Organisationen die wichtigste Latino- und Latina-Demonstration organisiert und 30.000 oder 40.000 sind gekommen. Die Demonstration war hier in Washington, denn wir sind von der derzeitigen Einwanderungspolitik sehr enttäuscht. Das gilt auch für die »Welfare Reform«[14] und die »Affirmative Action«[15]. Diese Entwicklungen greifen die Latino-Community und andere arme Gruppen, wie z.B. die afroamerikanische Community, an.

Gibt es Versuche zur Selbstorganisation der Menschen ohne Papiere?

Das ist sehr schwer. Unser Ziel ist es, Leute mit und ohne Papieren gleichermaßen zu organisieren, denn das ist der einzige Weg, wie wir in diesem Land etwas verändern können. Wir dürfen auf keinen Fall spalten – das ist die Absicht der Regierung, die Intention dieser Art Einwanderungspolitik, die Menschen in zwei verschiedene Gruppen aufzuspalten. Menschen mit Papieren haben manche Rechte, Menschen ohne Papiere haben überhaupt keine.

Es liegt in der Verantwortung der US-Regierung, daß diese ArbeiterInnen ohne Papiere hier sind

Wie stark ist die Lobby für Menschen ohne Papiere?

Nicht besonders stark. Die vorherrschende gesellschaftliche Stimmung richtet sich gegen ImmigrantInnen. Dadurch entsteht eine Atmosphäre, in der Menschen ohne Papiere als »das Böse« angesehen werden. Das macht es als politisches Thema sehr schwierig, denn sobald du Menschen ohne Papiere verteidigst, beschuldigt dich jeder, diese »Illegalen« zu beschützen. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern, wir stehen für sie auf. Wir glauben, daß sie das Recht haben, in diesem Land zu leben. Denn es liegt in der Verantwortung der US-Regierung, daß diese ArbeiterInnen ohne Papiere hier sind. Die Regierung unterstützt Kriminelle und paramilitärische Gruppen und Diktaturen in unseren Herkunftsländern. Das ist der Grund, warum viele Menschen ohne Papiere hier sind.

Interview und Übersetzung: Georg Rohde

1 Unregulierte ImmigrantInnen-Arbeitsmärkte wie den oben beschriebenen gibt es auch in der Bundesrepublik mehr und mehr. Eine organisierte Arbeit mit den ImmigrantInnen findet allerdings viel zu wenig statt.

2 Im Original: »undocumented« oder »without documentation«. Wird im folgenden mit »ohne/keinen legalen Status« oder »ohne Papiere« übersetzt.

3 Im Original: »domestic violence«

4 Im Original: »landscaping«

5 Das Trinken von Alkohol in der Öffentlichkeit ist in den USA illegal.

6 Im Original: »non-profit«

7 Gemeint ist der informelle Arbeitsmarkt an einer Straßenkreuzung.

8 Bethesda ist ein vorwiegend reicher Vorort von Washington D.C.

9 Im Original: »honest workers«

10 In diesem Jahr beläuft sich der Haushalt der Einwanderungsbehörde INS auf 3,1 Milliarden Dollar.

11 Der Kongreß ist das US-Bundesparlament.

12 Amerikanische Counties sind in etwa den deutschen Kreisen vergleichbar.

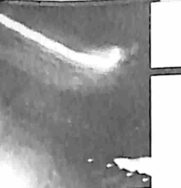
13 Vergleiche ZAG 23, S.26 – 27

14 ebenda

15 Gemeint ist die schrittweise Abschaffung der »Affirmative Action«, einer Politik, mit der seit den sechziger Jahren in den USA durch die bevorzugte Einstellung von African-Americans, Frauen und anderen benachteiligten Gruppen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden sollten. »Affirmative Action« Programme beschränken sich nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern greifen (bzw. griffen) auch bei der Vergabe von begehrten Studienplätzen etc. Von Anbeginn war die »Affirmative Action« Zielscheibe konservativer Kritik, die in den Programmen eine unfaire Bevorzugung sah, eine kontraproduktive Verzerrung des Wettbewerbs. In den letzen Jahren hat sich diese konservative Kritik in den USA weitgehend durchgesetzt.



Foto: © Martha Tabor / Working Images Photographs



Berlin ist seit dem Mauerfall immer stärker zu einem Anziehungspunkt für PendelmigrantInnen aus Osteuropa geworden. Dabei handelt es sich allerdings nicht um die Art von Ost-West-Drehscheibe, von der der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen bei jeder wichtigen Ansprache vor dem Kaninchenzüchterverein faselt, zu der die Haupt-, Welt- und ehemalige Reichshauptstadt jetzt werden soll. Der ehrenamtliche polnische Sozialrat dagegen war in derartigem Maße mit einem Zulauf von Hilfe und Beratung suchenden MigrantInnen konfrontiert, daß er eine professionelle Beratungsstelle projektierte. Nach über eineinhalbjähriger Lobbyarbeit beim Bezirk, der Senatsverwaltung für Soziales, der Ausländerbeauftragten und den Gewerkschaften konnte ZAPO, die Zentrale integrierte Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa, im Frühjahr diesen Jahres dann endlich ihre Arbeit aufnehmen.



Foto: Albert Zecheru

Unterstützen statt Kontrollieren

»ZAPO«- Beratungsstelle für Osteuropäische PendlerInnen in Berlin

Das bundesweit einmalige Projekt sitzt in einem Kreuzberger Hinterhaus in der einst mythenumwobenen Oranienstraße, wo in den Achtzigern überwiegend aus Schwaben zugereiste Autonome noch das Zentrum der zukünftigen Weltrevolution sahen. Damals richteten sie kaum den Blick nach Osten, und heute, da dieser sozusagen vor ihrer Haustür steht, tun die meisten es immer noch nicht. Ganz im Gegensatz zu den 13 ZAPO-MitarbeiterInnen die auf schlecht bezahlten ABM-Stellen an meist von Zuhause mitgebrachten Computern arbeiten.

Schwerpunkte sind die Beratung und Hilfestellung für die Betroffenen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Osteuropäer meist mit schwarzarbeitenden Jobkillern oder Autodieben gleichsetzt. Darüber hinaus gibt es Kontakte und Austausch mit sozialen und anderen Diensten in Berlin und Brandenburg sowie Ansätze zu einer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Ziel ist die Sensibilisierung dieser Organisationen für die Probleme der OsteuropäerInnen sensibilisiert werden. Außerdem will ZAPO nach geeigneten Lösungsansätzen und gemeinsamen Projekten mit den Herkunftsländern suchen und sich mit Organisationen dort vernetzen. Gleichzeitig macht die Beratungsstelle sich durch Pressearbeit in polnischsprachigen Zeitungen in Berlin und der polnischen Presse bekannt.

In den drei Bereichen Arbeit, Frauen und Jugend, in denen zur Hälfte osteuropäische MigrantInnen arbeiten, wird Wert darauf gelegt, die Betroffenen aufzuklären, Hilfestellungen und Rechtsbeistand zu bieten und gleichzeitig politische Forderungen zu entwickeln, um grundsätzliche Verbesserungen erreichen zu können.

Lohndumping, Razzien und Betrug

Viele der jährlich 200.000 osteuropäischen SaisonarbeiterInnen und 18.700 WerksarbeiterInnen werden ausgebeutet, in unmenschlichen Quartieren untergebracht und oft um ihren ohnehin geringen Lohn geprellt. Bei 1.000,- DM für 40 Stunden in der Landwirtschaft werden oft unbezahlte Überstunden und Wochenendarbeit verlangt, es sind Fälle vorgekommen, in denen die ArbeiterInnen in Quartieren ohne Wasser und Strom untergebracht worden sind. Wer aufmuckt, fliegt

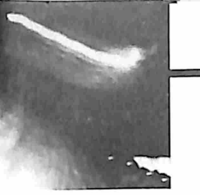
(1) Gegenüberstellung von Repressivem und Unterstützendem Ansatz zur Verhinderung ausbeuterischer und betrügerischer Beschäftigung

	Repressiver Ansatz	Unterstützender Ansatz
Reichweite	Beschränkt auf unmittelbar überprüfte Arbeitsverhältnisse	Erfaßt tendenziell alle Arbeitsverhältnisse
Manipulierbarkeit	Möglichkeit der Warnung vor Kontrollen durch bestechliche Beamte	Keine Möglichkeit der Korruption
Effizienz	Aufdeckung vorschriftswidriger Beschäftigung bzw. illegaler Arbeitgeber selten und mit unverhältnismäßig hohem Aufwand	Aufdeckung vorschriftswidriger Beschäftigung bzw. illegaler Arbeitgeber aufgrund der Aussagen der Beschäftigten
Zielgerichtetheit	Sanktionen richten sich fast ausschließlich gegen Arbeitnehmer	Sanktionen richten sich zielgerichtet gegen die »hauptverantwortlichen Arbeitgeber«
Rechtssicherheit und Ansatz	Die Schutzlosigkeit und Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer wird vergrößert und der Anreiz zu betrügerischen und ausbeuterischen Verhältnissen für Arbeitgeber erhöht	Die Konfliktfähigkeit und Rechtssicherheit der Arbeitnehmer wird bestärkt und der Anreiz zur betrügerischen und ausbeuterischen Beschäftigung für Arbeitgeber verringert
Profitperspektive	Illegale Arbeitgeber können zusätzliche Gewinne erzielen	Den illegalen Arbeitgebern werden die Gewinne aus illegaler Beschäftigung abgeschöpft
Demokratie-auswirkungen	Demokratietheoretisch bedenkliche Ausweitung der staatlichen Überwachung	Demokratietheoretisch wünschenswerte Stärkung der bürgerlichen Rechte und sozialen Standards

Aus: »Unterstützung statt Kontrollen«, Konzeptpapier von Norbert Cyrus, Polnischer Sozialrat e.V., Berlin 1997.



Foto: Albert Zecheru



(2) Unbezahlte Arbeit

Im August '97 kommen 19 polnische Werkvertragsarbeitnehmer in die Beratungsstelle ZAPO und bitten um Unterstützung. Sie arbeiten im Auftrag des polnischen Subunternehmers FO-MAX 2 auf einer Bundesautobahn-Baustelle in Berlin-Tempelhof. Seit Juni haben sie keinen Pfennig Lohn erhalten. Über zwei Monate haben sie den leeren Versprechungen ihrer Chefin geglaubt. Nun haben sie es satt und legen die Arbeit am 8. August nieder.

Ihre Chefin, Frau Banasiewicz, verspricht nun den Eisenflechtern Lohnauszahlung innerhalb einer Woche, wenn diese wieder anfangen zu arbeiten. Doch die Forderung der Arbeiter ist klar: erst Lohn, dann Arbeit! Um den Streik zu brechen, fordert die Arbeitgeberin andere Arbeiter ihrer Firma aus München an. Diese solidarisieren sich aber mit ihren Berliner Kollegen.

Der deutsche Auftraggeber von FO-MAX 2, die Firma RUBESTA, ist natürlich am Fortgang der Arbeiten interessiert und würde die Eisenflechter, die sehr zufriedenstellend gearbeitet haben, gerne übernehmen. Dies läßt jedoch die Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO) nicht zu. Die Arbeitnehmer bleiben in ihren Wohncontainern auf der Baustelle wohnen und versuchen, mit Hilfe der MitarbeiterInnen von ZAPO ihren Lohn doch noch zu erhalten. Doch die Firma RUBESTA und die Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr, die der Auftraggeber für die Autobahnbrücke ist, fordern die Bauarbeiter auf, die Wohncontainer innerhalb von zwei Tagen, also bis zum 15. August, zu verlassen. Die Arbeiter wollen aber nicht freiwillig gehen, weil sie dann kein Mittel mehr haben, um zu ihrem Geld zu kommen. ZAPO interveniert und erzielt eine Fristverlängerung bis zum 22. August.

Die Werkvertragsarbeitnehmer erheben eine Lohnforderung von knapp 100.000 DM an ihre Arbeitgeberin. Deren Konten sind jedoch bereits gepfändet, die Chefin weder telefonisch noch persönlich zu erreichen, die Firma praktisch nicht mehr existent.

Am 20. August, also vor Ablauf der vereinbarten Frist, kündigt die Senatsverwaltung die Räumung der Wohncontainer an und führt sie noch am selben Tag mit einem großen Polizeiaufgebot durch.

Den Bauarbeitern bleiben nicht viele Möglichkeiten, ihren Lohn einzufordern. Sie sind nach dem polnischen Arbeitsrecht beschäftigt und müssen demnach in Polen den Lohn einklagen. Das Generalunternehmen muß keinerlei Verantwortung für die Arbeiter der Subunternehmen übernehmen. Demnach können die Arbeitnehmer ihren Lohn nicht beim Auftraggeber der polnischen Firma einklagen, obwohl sie die Arbeit tatsächlich geleistet haben. *Conny Roth*, ZAPO

in der Regel raus. Informationsstand und Rechtssicherheit bei den Betroffenen sind meist sehr gering. Der Staat setzt im Bereich der Werksarbeit aussschließlich auf Repressionspolitik, die letztendlich den illegalen und ausbeuterischen Methoden zahlreicher Unternehmer entgegen kommt. (siehe Kasten 1)

Die Razzien werden dabei absurderweise überwiegend von den polnischen Werks- und SaisonarbeiterInnen selbst finanziert. Dies geschieht über die zu entrichtende Vermittlungsgebühr, die 1995 156 Millionen Mark(!) betrug. Statt dieses Geld für eine uneffektive, letztlich nur gegen die Arbeitnehmer gerichtete Repression auszugeben, fordert ZAPO, es in erster Linie den Geldgebern zu Gute kommen zu lassen und damit Beratung und Rechtsbeihilfe für diese zu finanzieren.

Aktuell ist ZAPO mit etwa zehn Fällen beschäftigt, in denen osteuropäische Arbeiter um ihren Lohn geprellt worden sind. (siehe Kasten 2). Das reicht von kleinen Eigenheim-Baustellen bis hin zur Bundesautobahnbaustelle.

Als Konsequenz aus diesen Erfahrungen fordert ZAPO eine klare Durchgriffshaftung. Das bedeutet, daß der Generalunternehmer für kriminelle Handlungen des Subunternehmers und Lohnforderungen an diesen haftbar gemacht werden kann. Eine Forderung, die auch im Katalog der CDU/CSU Fraktion nachzulesen ist, sich dort aber lediglich auf die zu entrichtenden Sozialabgaben bezieht.

Eine weitere Stärkung der Konfliktfähigkeit der Werksvertragsarbeiter macht die Forderung nach der Aufhebung der arbeitsplatzbezogenen Arbeitsgenehmigung aus. Denn die bisherige Regelung hat zur Folge, daß ein Arbeiter illegal arbeitet, sobald er die Firma wechselt, weil diese zum Beispiel seit Monaten keinen Lohn an ihn auszahlt. Sollte er dann bei einer Razzia aufgegriffen werden, wird er abgeschoben und erhält ein jahrelanges Einreiseverbot. Eine Regelung, die dem Lohn-Dumping Tür und Tor öffnet und jede Rechtssicherheit der ArbeitnehmerInnen auf Null herunterschraubt.

MigrantInnen – besonders rechtlos

Der Frauenbereich beschäftigt sich überwiegend dem sogenannten Heirats- oder Frauenhandel, als auch mit Frauen, die oftmals schon seit Jahren mit einem deutschen Mann zusammenleben und von diesem bewußt in ein Abhängigkeitsverhältnis gezwungen werden. So gehen einige Männer keine Heirat ein, um die Frauen rechtlos zu halten und damit stärker an sich zu binden. Die wenigsten Frauen wissen, daß sie, falls sie Kinder haben, die nach 1993 geboren wurden, automatisch ein Bleiberecht erhalten. Falls Frauen nach Polen zurückgehen, weil sie es mit dem Mann nicht mehr aushalten, versucht ZAPO, ihnen Rechtsanwältinnen zu vermitteln und sie bei der Forderung nach

Unterhalt oder beim Kampf ums Sorgerecht zu unterstützen. In einigen Fällen ist es schon vorgekommen, daß polnische Frauen, wenn sie zurückgegangen sind und ihre Kinder mitgenommen haben, per Haftbefehl wegen Entführung gesucht worden sind. Bei ZAPO steht deshalb, nicht nur in diesen Fällen, die Forderung nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht im Vordergrund.

Im Bereich der Prostitution hat ZAPO die Erfahrung gemacht, daß eben nicht alle osteuropäischen Frauen von »skrupellosen Menschenhändlern« nach Deutschland geschleust werden. Und in den tatsächlichen Fällen von Zwangsprostitution richtet sich die Politik in erster Linie immer nur gegen die betroffenen Frauen. ZAPO fordert deshalb ausgiebige Zeuginnenschutzprogramme für Frauen, die aussagen wollen, und Angebote für traumatisierte Frauen, statt sie im Abschiebeknast vor die Alternative zu stellen, auszusagen oder abgeschoben zu werden.

Jugendliche – zwischen Heimatlosigkeit und Abschiebeknast

Viele osteuropäische, besonders polnische Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen Herkunftsland und ihre Eltern verlassen haben, stranden in Berlin. Auch dieser Gruppe bietet ZAPO Beratung und Hilfe an. Werden die Jugendlichen z.B. bei Bagatelldelikten wie Ladendiebstahl gefasst, erhalten sie Haftstrafen, wo deutsche Jugendliche mit ein paar Stunden gemeinnütziger Arbeit wegkommen. Danach werden sie abgeschoben und auch sie erhalten ein jahrelanges Einreiseverbot. Ein Mitarbeiter von ZAPO versucht jetzt, als Vollzugsbetreuer zugelassen zu werden, um die Jugendlichen in der Haft beraten zu können.

ZAPO ist wohl das einzige Projekt in Deutschland, das auf die steigende Pendelmigration aus Osteuropa mit einem professionellen Beratungsangebot reagiert hat und sich das Ziel gesetzt hat, Bewußtsein für dieses Phänomen zu schaffen. Eine Aufgabe, die nicht einfach ist, und deren Kontinuität in einem auf ein Jahr befristeten ABM-Projekt kaum gesichert scheint.

Jürgen Temming, ZAG Redaktion

ZAPO
Zentrale Integrierte Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa
Oranienstraße 34, 10997 Berlin
Tel. 030/ 615 09 09
Fax 030/ 61 40 24 10



Foto: Albert Zecheru



Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen und ungeschützten MigrantInnen in Polen

Das im Folgenden beschriebene Projekt ist ein Kooperationsprojekt der Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM) Berlin und der polnischen Organisation Wlacíwy Czas.







Abschiebeknast in Ostpolen. Foto: FFM

Die FFM hat in mehreren öffentlichen Stellungnahmen auf die Situation von Flüchtlingen in Polen aufmerksam gemacht. Flüchtlinge, die sich unerlaubt in Polen aufhalten oder von Deutschland nach Polen abgeschoben werden, erwartet immer häufiger eine Verurteilung von bis zu 90 Tagen Abschiebearrest mit anschließender Abschiebung in ein Durchreiseland oder das Herkunftsland, (Kettenabschiebung) bzw. eine direkte Abschiebung innerhalb von 48 Stunden in einen Durchreisestaat. Die FFM hätte ihre bisherige Arbeit zu diesem Thema ohne die freundschaftlichen Kontakte zu den GründerInnen von Wlacíwy Czas nicht leisten können.

Wenn es gelingt, Wlacíwy Czas mit der notwendigen Infrastruktur auszustatten und finanziell zu unterstützen, wäre es mit Sicherheit möglich, mehr Licht in das Dunkel der deutsch-polnischen Abschiebekooperation zu bringen. Daher ruft die FFM zu einer Spendenaktion zugunsten von Wlacíwy Czas auf. Zunächst jedoch die Projektbeschreibung:

Das hier vorgestellte Projekt ist innerhalb der Aktivitäten des Vereins Wlacíwy Czas (Der richtige Augenblick) angesiedelt. Das Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen und ungeschützten MigrantInnen ist auf der Basis der Erfahrungen entwickelt worden, die bei Besuchen in den vor Kurzem eröffneten polnischen Haftzentren für Flüchtlinge gemacht worden sind. Dabei konnte zwischen Oktober 1996 und April 1997 beobachtet werden, daß die Behandlung der Menschen dort alles andere als angemessen ist und eindeutig humanitäre und internationale Standards verletzt:

1 Für die Inhaftierten findet keinerlei Rechtsberatung statt. Die Informationen, die die Flüchtlinge hatten, waren entweder falsch oder irrelevant. Ein Zugang zum polnischen Verfahren zur Prüfung des Flüchtlingsstatus bestand damit lediglich theoretisch. Selbst diejenigen, die im Prüfungsverfahren waren, erhielten keine Unterstüzung

bei der Formulierung ihrer Asylanträge und hatten keine Chance, die Widerspruchsmöglichkeiten zu nutzen.
Als Resultat dieser Praxis sind Hunderte potentieller Flüchtlinge aus Polen in ihre Herkunftsländer wie Indien und Pakistan, aber auch in Durchreiseländer, eingeschlossen der Ukraine, die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterschrieben hat, abgeschoben worden. Über das Ausmaß dieser Abschiebungen ist noch nie eine offizielle Statistik veröffentlicht worden und exakte Zahlen stehen bisher nicht zur Verfügung.

2 AusländerInnen in polnischen Haftzentren, die von Deutschland abgeschoben oder in Polen verhaftet worden waren, genossen keinen Schutz und wurden weiter abgeschoben. Fälle, in denen dies nicht passiert ist, sind auf die fehlende Kooperation der Empfängerländer zurückzuführen.

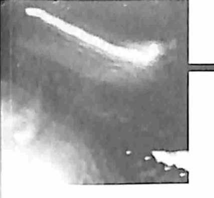
Ein Grund für die geschilderten Zustände ist das Fehlen eines Monitoring. Für die Häftlinge steht keine Rechtsberatung zur Verfügung, und von den zuständigen Behörden werden keine Informationen an Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) weitergegeben. Diese sind daher nicht in der Lage, eine Unterstützung durch qualifizierte unabhängige FlüchtlingshelferInnen zu organisieren. Ein Monitoring des Haftsystem ist traditionell nur sehr schwer zu bewerkstelligen. Denn die Erlaubnis zum Besuch eines Gefangenen muß von einem Staatsanwalt ausgestellt und durch eine weitere ergänzt werden, die durch den ranghöchsten Beamten der zuständigen Wojewodschaftspolizei ausgestellt werden muß. Beide Vorgänge müssen unabhängig voneinander betrieben werden. Ohne beide Erlaubnisse ist es unmöglich, einen Gefangenen zu besuchen und zu unterstützen. Noch schwieriger wird es, wenn die Lage der verschiedenen Haftzentren in Betracht gezogen wird, die über das ganze Land verteilt sind. Wird eine Gruppe von AusländerInnen festgenommen, wird sie i.d.R. von dem zuständigen Staatsanwalt nach dem Zufallsprinzip auf verschiedene Haftzentren verteilt. Dies führt dazu, daß eine NGO, die alle Häftlinge in einem bestimmten Haftzentrum unterstützen will, zunächst die Erlaubnis bei unterschiedlichen Staatsanwälten einholen muß. Umgekehrt muß eine NGO, die alle Häftlinge besuchen will, die von demselben Staatsanwalt verurteilt worden sind, zu verschiedenen Haftzentren gehen, was insgesamt sehr viel Zeit kostet. Ein Widerspruch gegen eine Abschiebeanordnung muß jedoch innerhalb der ersten zwei Wochen, ein Widerspruch gegen eine Inhaftierung innerhalb einer Woche nach der relevanten Entscheidung eingereicht werden. Daher muß eine NGO, die Flüchtlinge in Haftzentren unterstützen will, zu einer schnellen und flexiblen Arbeit in der Lage sein.
Um die Situation in polnischen Haftzentren genauer zu untersuchen und die Inhaftierten besser unterstützen zu können ist beschlossen worden, ein Netzwerk von ausgebildeten Einzelpersonen und Organisationen auf ehrenamtlicher Basis zu bilden. Dazu soll ein Büro eingerichtet werden, das als Koordinationsstelle dient und die eingehenden Informationen sammelt. Jedes Mal, wenn Informationen darüber eingehen, daß eine Gruppe von potentiellen Flüchtlingen verhaftet wurde und die Notwendigkeit der Unterstützung besteht, soll das Büro aktiv werden und die notwendigen Schritte einleiten, um Besuche bei den Flüchtlingen und damit eine rechtliche Beratung und Unterstützung zu ermöglichen. Wie kompliziert sich diese Arbeit gestaltet, hat die obige Beschreibung deutlich gemacht. Um dies dennoch zu ermöglichen, werden dringend Spenden benötigt!

Die Adresse des Vereins ist:
Stowarzyszenie »Wlacíwy Czas«
3/428 Bryly Street
PL-02-685 Warsaw
Poland

Die Kontonummer ist:
Stowarzyszenie »Wlacíwy Czas«
PBK S.A. IV Oddzial w Warszawie
11101109-502168-2700-1

Nähere Informationen können außerdem über die FFM erfragt werden:
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a, 10963 Berlin
Tel. 030/ 693 56 70
E-mail:FFM@IPN-B.comlink.apc.org
http://www.berlinet.de/mh/ffm





»Wie kommen sie zu einer Entscheidung, wen Sie [im Grenzgebiet] kontrollieren?« »Das ist so ein bestimmter Instinkt. Er sieht so ein bißchen ausländisch aus, er hat im Prinzip keine weiße Hautfarbe in dem Sinne, und darauf haben wir ihn kontrolliert.« »Das heißt also, alle, die so aussehen, werden kontrolliert?« (kurzes Zögern) »Ja, bei uns ja.«

(Antworten einer Polizistin im sächsischen Grenzgebiet nach der Kontrolle eines schwarzen Deutschen.)



Foto: FFM

Sicherheitschleier im Grenzgebiet

Veränderte Konzepte der Flüchtlingsfahndung an der ostdeutsche Grenze

Die polizeiliche Fahndungstätigkeit nach illegalen GrenzgängerInnen wurde in den letzten Jahren immer von der unmittelbaren Grenzlinie ins Hinterland ausgedehnt. Dies ging einher mit der Entwicklung von Kontroll- und Fahndungskriterien nach phänotypischen Merkmalen (Kleidung, Sprache, Hautfarbe). Die Einrichtung der »Bürgertelefone« und die zwangsweise Einbeziehung von TaxifahrerInnen in die Fahndung fördern eine rassistische Stigmatisierung von AusländerInnen und damit einhergehend das Denunziationsverhalten.

Eine der Voraussetzungen, die dieses Vorgehen der staatlichen Behörden möglich macht, ist das Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit.

Die Konzepte zur Überwachung der ostdeutschen Grenzgebiete, die darauf abzielen, illegale GrenzgängerInnen abzufangen, haben sich seit 1989 stetig verändert. Die Experten der Inneren Sicherheit setzten in den ersten Jahren nach 1989 vor allem auf eine verbesserte technische Ausrüstung und einen verstärkten Personaleinsatz. Das dominierende Konzept bestand aus der direkten Überwachung der unmittelbaren Grenzlinie mit Hilfe von Nachtsicht- und Wärmebildgeräten, Hubschraubern und Booten. Diese ersten Jahre wurden begleitet von einem über die Medien verbreiteten Bedrohungszenario, welches neben den »Scheinasylanten« die Gefahr einer Massenemigration aus den Staaten der sich auflösenden UdSSR heraufbeschwor.

Etwa seit 1993 wurde aufgrund der zurückgehenden Asylbewerber und dem offensichtlichen Ausbleiben des Ansturms von BürgerInnen der ehemaligen UdSSR, das Bedrohungsszenario verändert. Der Begriff der Organisierten Kriminalität (inzwischen kurz: »OK«) wurde von verschiedenen PolitikerInnen und Sicherheitsstrategen in die Diskussion gebracht und mit ähnlich diffusen Begriffen wie »Ausländerkriminalität« und »Grenzsicherung« verknüpft. Der Zusammenhang zwischen der Abschottungspolitik und der Tatsache, daß ein Teil der Flüchtlinge das Know-how zur Überwindung der Grenzen bei kommerziellen Fluchthilfeunternehmen kaufen müssen, wurde in dieser Diskussion zu einem von »internationalen Schlepperbanden« verursachten Kriminalitätsanstieg verkehrt. Dabei verschwand der Begriff des Flüchtlings, selbst der negativ besetzte Begriff des »Asylanten«, vollkommen aus der öffentlichen Diskussion. Der organisierte illegale Grenzübertritt, für viele Flüchtlinge die einzige Möglichkeit ihr Ziel zu erreichen, wurde zum hoch kriminellen Akt, vergleichbar mir Drogen- und Waffenschmuggel und damit unter den Oberbegriff der Grenzkriminalität subsumiert.

Das neue BGS-Gesetz und seine Folgen

Dieses veränderte Bedrohungsszenario diente gleichzeitig als Begründung zur Entwicklung neuer Formen der Fahndung nach illegalen GrenzgängerInnen. Die bis dahin dominierende linerare Grenzüberwachung wurde durch differenziertere Raumkonzepte abgelöst. Die Änderung des BGS-Gesetzes vom November 1994 bildete einen deutlichen Wendepunkt. Damit wurde die Bundespolizei ermächtigt innerhalb eines Streifens von 30 Kilometern entlang der Grenzen Erkennungsdienstliche Behandlungen durchzuführen und Häuser und Wohnungen zu betreten, die nach ihrer Ansicht als Treffpunkt von »Schleusern« oder Personen ohne Aufenthaltserlaubnis dienen. Auch der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und verdeckter Ermittler wurde offiziell erlaubt. Neben dieser Kompetenzerweiterung für den BGS und der Ausweitung seiner Fahndungstätigkeit ins Hinterland der Grenze, bemühte sich das Innenministerium um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Länderpolizeien und der Bundespolizei. Ausgehend von einem Musterentwurf wurde die Einführung sogenannter »Sicherheitsschleier« in den Grenzgebieten vorgeschlagen. Hinter diesem Begriff versteckt sich die Einführung von »verdachts- und ereignisunabhängigen Personenkontrollen« in Grenznähe und auf den wichtigsten Durchfahrtsstraßen durch die Polizeien der Länder. Dies meint nichts anderes als die systematische Kontrolle von Menschen an-





hand von äußeren Merkmalen wie Sprache, Hautfarbe und Kleidung. Ein unsichtbares Netze von Kontrollaktivitäten soll so das Herausfiltern von Flüchtlingen ermöglichen, die es geschafft haben, die unmittelbare Grenzlinie zu überwinden. Inzwischen wurden die Polizeigesetze in Bayern, Baden Württemberg und Sachsen entsprechend verändert; in Mecklenburg-Vorpommern steht die Polizeigesetzänderung im Landtag zur Diskussion.

Bürger beteiligen sich am BGS

Doch nicht nur die Verzahnung von BGS und Länderpolizeien, haben die Gefahr für Flüchtlinge erhöht in den Grenzgebieten verhaftet zu werden, auch die ortsansässige Bevölkerung wurde in jüngster Zeit verstärkt in die neuen Fahndungskonzepte einbezogen. Im Sommer 1996 begann der Bundesgrenzschutz damit in den grenznahen Gemeinden Ostdeutschlands »Bürgertelefone« einzurichten. Mit BGS-Infobussen und in Zeitungsanzeigen wurden die BürgerInnen über Grenzkriminalität informiert und aufgefordert, »verdächtige Bewegungen zu melden«. Ob gestohlene Fahrräder und Autos oder eben fünf schwarze Menschen an einer Bushaltestelle, die »Bürgertelefone« nehmen jeden Hinweis entgegen. Diese Aufrufe zur Denunziation scheinen durchaus erfolgreich zu sein. Nach Angaben des BGS sind inzwischen 60% bis 70% der Verhaftungen von illegal Eingereisten Hinweisen aus der Bevölkerung geschuldet (vgl. Sächsische Zeitung vom 19.7.97).

Erfolgt die Einbeziehung der Bevölkerung in die Fahndungskonzepte auf freiwilliger Basis, so wurde bei den TaxifahrerInnen in den brandenburgischen und sächsischen Grenzgebieten regelrechte Zwangsmaßnahmen eingeführt, um sie zur Mitwirkung beim Aufspüren von illegalen GrenzgängerInnen zu bewegen.

Großes Aufsehen erregten zwei Urteile des Amtsgerichts in Zittau vom Frühjahr 1997, in dem zwei Taxifahrer wegen »Beihilfe zum illegalen Aufenthalt« zu 14, bzw. 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurden. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Taxifahrer vorsätzlich versucht hätten, illegal Eingereiste zu befördern. Dabei ist zu beachten, daß es sich nicht um grenzüberschreitende Fahrten handelte. Die Taxifahrer wurden verurteilt, weil sie bestimmte Personen von einem in der BRD gelegenen Ort, der Stadt Zittau, in einen anderen Ort der BRD, in die Stadt Bautzen, befördert haben. Im Landkreis Löbau-Zittau in Sachsen wird zur Zeit gegen 22 der 73 registrierten TaxifahrerInnen wegen des gleichen Delikts ermittelt. Auch im Land Brandenburg waren im vergangenen Jahr 53 Ermittlungsverfahren gegen TaxifahrerInnen anhängig, die verdächtigt wurden, im Grenzgebiet Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung befördert zu haben.

Um einem Ermittlungsverfahren zu entgehen, empfiehlt der Bundesgrenzschutz den Taxifahrern, bei »verdächtigen Personen« über ein Codewort die Zentrale zu informieren. Erfolgt daraufhin eine Kontrolle der Taxiinsassen, habe der Taxifahrer nichts zu befürchten. TaxifahrerInnen, die Personen befördern, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben und die dies nicht einer Polizeistelle oder dem BGS melden, drohen Ermittlungsverfahren und Entzug der Taxilizenz.

Als Konsequenz lehnen inzwischen viele TaxifahrerInnen in den Grenzgebieten eine Beförderung von Ausländern generell ab.

Anhand dieser Fälle lassen sich aber durchaus auch Handlungsperspektiven entwickeln. So sahen sich der BGS und die Staatsanwaltschaft aufgrund der breiten öffentlichen Diskussion über die Zwangsmaßnahmen gegen TaxifahrerInnen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen in den letzten Wochen gezwungen, öffentliche Stellungnahmen abzugeben und diese Vorgehensweise zumindest teilweise zu modifizieren.

FFM, *Berlin*



Fotos: FFM

Hilfe da, wo sie gebraucht wird

Eineinhalb Jahre Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

Während für die deutsche Bevölkerung bei Zahnschmerz, Grippe oder Hämorrhoiden die kleine Plastikkarte der Krankenkassen das selbstverständliche ›Sesam öffne dich‹ zur medizinischen Gratis-Versorgung ist, bleiben für illegalisierte Flüchtlinge die Türen von Praxen und Krankenhäusern prinzipiell verschlossen. Deren medizinische Unversorgtheit ist für professionelle Ausländerfreunde wie die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John höchstens unter dem Aspekt der Seuchengefahr ein Problem. Staatlich garantierte Grundleistungen gibt es eben nur mit Papieren und wenn der Staat diese verweigert, sieht er sich auch nicht mehr in der Pflicht, für die grundgesetzlich garantierte Unversehrtheit der Person Sorge zu tragen.



Foto: Albert Zecheru

Um dieser fatalen Ignoranz etwas entgegenzusetzen, trafen sich im Mai 1996 zum ersten Mal verschiedene linke Gruppen aus der Flüchtlingsarbeit gemeinsam mit einem Projekt-Tutorium der Freien Universität Berlin und Medizin-StudentInnen sowie weiteren Einzelpersonen, um im Berliner Mehringhof das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe zu gründen. Ziel war es, eine Anlaufstelle einzurichten, die MigrantInnen ohne Papiere an ÄrztInnen, die sie kostenlos behandeln, weitervermittelt und für den Arztbesuch eine/n DolmetscherIn zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollte als zweites Standbein durch aktive Öffentlichkeits- und Pressearbeit Aufklärung über die Situation von illegalisierten Flüchtlingen betrieben und der Forderung nach frei zugänglicher medizinischer Versorgung für alle Nachdruck verliehen werden.

Über 80 ÄrztInnen und ZahnärztInnenwurden persönlich angesprochen, Kontakte zu Krankenhäusern, Apotheken und Optikern gesucht. DolmetscherInnen für möglichst viele Sprachen mußten gefunden, Büroräume und Infrastruktur organisiert, die Finanzierung gesichert werden, zahlreiche Vorgespräche mit Beratungsstellen wurden geführt. Parallel dazu gab es im Plenum eine monatelange, zermürbende Diskussion darüber, ob das Projekt seine Arbeit öffentlich bekannt macht, oder aus Sicherheitsgründen lieber heimlich im Stillen arbeitet, um die Flüchtlinge vor einem eventuellen Zugriff durch die Ausländerpolizei zu schützen. Eine Befürchtung, die sich im Nachhinein als unberechtigt herausstellte, allerdings bereits vor dem konkreten Anlaufen des Projektes zum verbitterten Austritt der Klandestinen führte.

Trotz dieser nicht gerade konstruktiven Diskussionen konnte das Projekt nach einer Vorlaufzeit von einem 3/4 Jahr mit der Aufnahme seiner konkreten Arbeit beginnen. Jeden Montag und Donnerstag zwischen 16.30 und 18.30 Uhr können MigrantInnen ohne Papiere sich in den Räumen des Gesundheitsladens an einen Arzt oder Zahnarzt weitervermitteln lassen. Das Büro ist stets mit einem Mann und einer Frau besetzt, wovon eine Person über medizinische Grundkenntnisse und eine Person spanischsprechend sein sollte, da bisher die meisten BesucherInnen Latinos sind. DolmetscherInnen für andere Sprachen werden gegebenfalls per Telefon gerufen. 10 bis 15 MigrantInnen pro Woche nutzen mittlerweile das Angebot, über 50 Prozent stammen aus Mittel- und Südamerika, in letzter Zeit kommen auch vermehrt Flüchtlinge aus Osteuropa und Asien. Die stärkste Nachfrage gibt es nach Zahn- und FrauenärztInnen. Neben der Gratis-Behandlung werden die Kosten für den Zahnersatz möglichst niedrig gehalten, einige Labors stellen diesen zum Selbstkostenpreis her. Schwieriger und

kostenintensiver wird es bei Geburten und Abtreibungen. Für Abtreibungen arbeitet das Büro mit einer Arztpraxis zusammen, die den Eingriff für die Hälfte des üblichen Preises durchführt.

Ambulante Geburten sind nur aufgrund einer internen Absprache mit dem Chefarzt einer gynäkologischen Abteilung eines Berliner Krankenhauses möglich, der diese ohne Wissen der Verwaltungsleitung ermöglicht. Auch hier wird nur der Selbstkostenpreis gezahlt, eine Voruntersuchung ist kostenlos, die Nachbehandlung übernehmen Hebammen.

Darüber hinaus gibt es eine Apotheke, die benötigte Medikamente zum Einkaufspreis abgibt, Brillengestelle und -fassungen stellt ein Optiker möglichst günstig zur Verfügung.

An seine Grenzen stößt das Büro für Medizinische Flüchtlingshilfe, wenn es um die stationäre Behandlung von schweren Erkrankungen geht. Davon abgesehen, daß die erforderliche Intensität der Betreuung durch die MitarbeiterInnen nach eigener Einschätzung nicht zu leisten ist, gibt es in Berlin bisher kein Krankenhaus, das zu einer kostenlosen Behandlung bereit wäre und es sieht erst einmal auch nicht danach aus, als wenn dies zukünftig möglich wäre. Selbst wenn von der ärztlichen Leitung dem zugestimmt werden würde, wäre es spätestens die Verwaltungsleitung, die der kostenlosen Behandlung mit dem Argument der Kürzungen im Gesundheitswesen einen Riegel vorschieben würde. Von daher versucht das Projekt in Fällen schwerer Erkrankung, die Betroffenen an den Flüchtlingsrat oder kirchliche Institutionen weiter zu vermitteln, da diese über bessere Interventionsmöglichkeiten verfügen, beispielsweise über die Härtefallkommission des Senats doch noch einen Aufenthaltsstatus zu erwirken.

Finanziell getragen wird das Projekt neben einer einmaligen Anschubfinanzierung von 10.000,-DM vor allem durch Spenden. Neben den Erträgen von Solipartys konnten im letzten Jahr über eine Anzeigenaktion ebenfalls mehrere Tausend Mark Spendengelder akquiriert werden. Das Fortbestehen ist aber auch weiterhin von Spendengeldern abhängig, da sämtliche Kosten, die neben der Behandlung entstehen, vom Projekt finanziert werden müssen. Spenden an das Projekt sind steuerlich absetzbar.

Nach knapp eineinhalb Jahren Arbeit ziehen die Initiatoren eine positive Zwischenbilanz. Das Projekt wird von immer mehr Flüchtlingen in Anspruch genommen, die meisten ÄrztInnen sind noch immer dabei. Im Bereich der Versorgung leistet das Projekt, was im Rahmen seiner Möglichkeiten machbar ist. Darüber hinaus bietet es die Möglichkeit zum praktischen Engagement als »niedrigschwelliges Angebot für Vielbeschäftigte«, wie es ein Mitarbeiter ausdrückt. Allerdings nimmt die praktische Arbeit doch noch soviel Zeit in Anspruch, daß der Bereich Öffentlichkeitsarbeit nach Einschätzung aller Beteiligten insgesamt zu kurz gekommen ist und die Problematisierung in der Öffentlichkeit noch nicht allzu weit vorangekommen ist. Zukünftig soll der Austausch mit ähnlichen Projekten in anderen deutschen Städten sowie Beratungsstellen und MigrantInnen-Organisationen noch intensiviert werden. Angestrebt ist weiterhin eine Kontaktaufnahme mit der Ärztekammer. Dabei soll bewirkt werden, daß diese zumindest öffentlich Stellung zum Problem der Ausgrenzung von Illegalisierten aus der medizinischen Versorgung nimmt.

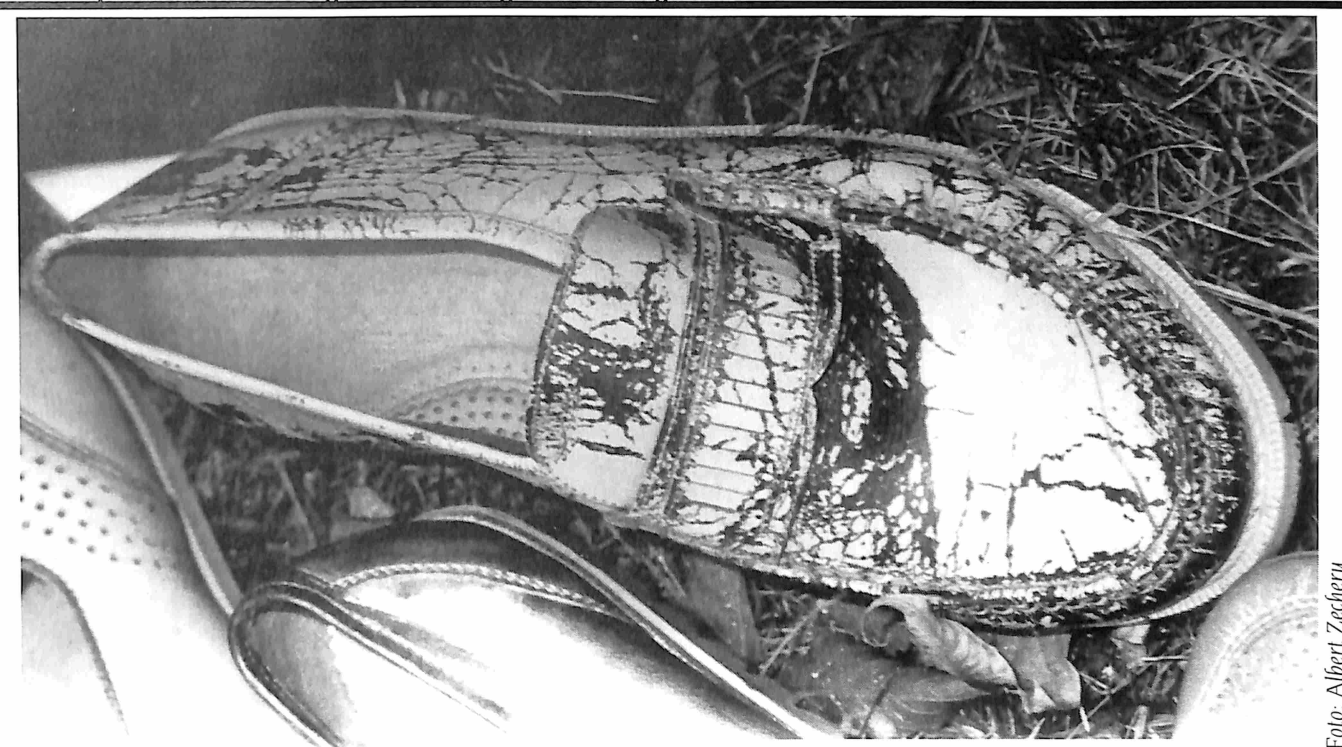
Den Konflikt, als Projekt Ersatzleistungen für staatliche Aufgaben zu leisten, deren Ausdehnung auf alle man eigentlich fordert, begegnet das Projekt mit dem nötigen Pragmatismus. Angesichts tausender, medizinisch unversorgter illegalisierter Flüchtlinge in Berlin ging und geht es darum, konkret Hilfe zu leisten. Und diese Hilfeleistung damit zu verbinden, die Situation bekannt zu machen und dagegen aktiv zu werden. Betrachtet man die institutionellen Reaktionen auf das Projekt, so scheint gerade der offensive Umgang, Wirkung zu zeigen. So wurde das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe von der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John schon zu ihrem regelmäßigen »Seuchentreffen« eingeladen, wo es unter anderem um die Abwehr einer Seuchengefahr durch illegalisierte MigrantInnen gehen soll. Dieser Einladung kam das Projekt im übrigen nicht nach. Etwas absurd dagegen wird es allerdings, wenn die Ausländerbeauftragte sich öffentlich rühmt, daß für eine medizinische Versorgung von undokumentierten Flüchtlingen in Berlin ja durchaus gesorgt sei, oder ein Bezirksamt beim Büro um eine Kostenübernahme bittet.

Sicherlich werden hier auch -eingestandene- Defizite in der Öffentlichkeitsarbeit sichtbar, aber zur Problematisierung der mangelnden medizinischen Versorgung von Illegalisierten scheint das bewußt offensive Auftreten des Projektes der erfolgversprechendste Weg zu sein. Auch in anderen deutschen Städten gab und gibt es ähnliche Projekte, die aber lieber halböffentlich oder im Stillen arbeiten. Um zu erreichen, daß die Gesellschaft sich mit einem Problem überhaupt beschäftigt, muß es zuerst sichtbar gemacht werden. Daß Projekte wie das Berliner Büro für medizinische Flüchtlingshilfe dabei offensichtlich von den Behörden stillschweigend toleriert werden, da auch diese letztlich den Bedarf sehen, ist ein Widerspruch, der auszuhalten ist.

Je bekannter ein Projekt ist, umso schwieriger werden staatliche Repressionen und umso höher ist die Aussicht auf Nachahmung und Schneeballeffekte.

Jürgen Temming, ZAG-Redaktion




Foto: Albert Zecheru

»Also blieb nur die Methode mit gefälschten Papieren übrig«

Fluchthilfe jenseits von organisierter Kriminalität

Abgesehen von den sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen, die schon per Definition in Deutschland unerwünscht sind, haben auch die ehemals ›edlen‹ Fluchtgründe, nämlich die aus politischem und sozialen Engagement resultierende Verfolgung, in der Regel keine Chance auf Anerkennung. Denn nach der derzeitigen Rechtslage erreicht eigentlich niemand mehr die Bundesrepublik legal. Ergo ist er oder sie »illegal«. Aus der Illegalisierung hilft vor allem die Unterstützung durch sachkundige Menschen, die Hilfestellung leisten und die Betreuung in Deutschland übernehmen. Mit einem dieser finsteren und vaterlandslosen Zeitgenossen sprach die ZAG und erhielt ein – zumindest in diesem Fall – doch etwas anderes Bild. In dem so kriminellen und illegalen Dunkelmänner-Bereich der Fluchthilfe bewegen sich oft unversehens Menschen, deren einziges kriminelles Motiv ein etwas humaneres und weniger zynisches Weltbild als das der Asylgesetzgebung ist. Allein die Überzeugung, bedrohten Menschen helfen zu müssen, reicht völlig aus, um als Krimineller angesehen zu werden. Dabei ergeben sich seltsame Unterschiede zwischen dem offiziell transportierten und generalisierten Bild und dem – sicherlich nicht allgemein gültigen – Bild engagierter Menschen, die ihr Privatvermögen einsetzen, um dort zu helfen, wo Menschen um ihr Leben fürchten.

In den kriminellen Bereich der Fluchthilfe geriet unser Gesprächspartner, nachdem alle legalen oder halblegalen Versuche gescheitert waren, kurdischen Mitarbeitern eines Projekts im Irak nach der Invasion irakischer Truppen in die UN-Schutzzone aus ihrer lebensgefährlichen Situation zu helfen. Gegen sie hatte Saddam Hussain ganz offiziell das Todesurteil ausgesprochen, da sie mit Ausländern zusammengearbeitetet hatten. Die anschließende Reaktion der einzelnen Staaten, die an den Hilfsprojekten beteiligt waren, schildert unser Gesprächspartner als sehr unterschiedlich. »Die Amerikaner haben dann ihre Leute alle herausgeholt – in Deutschland gab es lange Verhandlungen darüber, das Land Niedersachsen hat's probiert. Wir versuchten dann, die Leute ganz naiv durch Einladungen hierher zu holen und einen befristeten Aufenthalt zu beantragen.« Aber all diese Versuche, die legalen Möglichkeiten auszuschöpfen, scheiterten an der deutschen Ausländerpolitik. Was aber tun, wenn die deutsche Bürokratie an Menschenleben nicht interessiert ist? Für unseren Gesprächspartner kam ein Aufgeben nicht in Frage, hätte dies doch bedeutet, Bekannte in Lebensgefahr einfach im Stich zu lassen. Es mußte nach anderen Wegen gesucht werden, Wegen, die nicht »legal«, aber sehr teuer sind: »Also blieb nur noch die Methode mit gefälschten Papieren übrig. Es war natürlich auch eine Sache der Finanzierung, denn es ist ja überhaupt nicht billig, wenn es sich um so viele Leute handelt. Bei dem Weg, der dann beschritten wurde, liegen die Kosten bei ungefähr 10.000 DM pro Person, egal ob Kind oder Erwachsener. Schon für 15 bis 20 Personen sind da die Kosten riesig.«

Und so gelangt man unversehens in einen Bereich, der in Zeiten der deutsch-deutschen Grenze noch heldenverdächtig war und heutzutage organisierte Kriminalität genannt wird. Aber angesichts der sich zuspitzenden Lage im Irak hatte unser Gesprächspartner keine Zeit, sich um eventuelle strafrechtliche Konsequenzen Gedanken zu machen. Die Realität forderte schnelles Handeln und ließ wenig Alternativen. »Natürlich gibt es die sogenannten Schlepper. Organisationen, die Fluchthilfe aus humanitären Gesichtspunkten be-

treiben, gibt es im Irak ja nun gar nicht. In der Regel besteht die einzige Möglichkeit, den Irak zu verlassen, darin, sich in die Hände der sogenannten Schlepper zu begeben, um an Papiere und anderes heranzukommen.« Daß es sich dabei stets um skrupellose und hochorganisierte Mafiosis handelt, wie es deutsche Politik und Medien gebetsmühlenhaft beschwören, kann unser Gesprächspartner allerdings nicht bestätigen. »Diese Schlepper sind aber eigentlich ganz brave Leute, die sich dadurch etwas Geld verdienen, daß sie wissen, wie man's macht. Sie sehen nur eine Finanzquelle, eine politische Motivation haben sie, soweit mir das bekannt ist, nicht. Ich kann natürlich nur über den Irak sprechen, aber da gibt es überhaupt keine Unterstützung, weder von den UN, noch von anderen Organisationen oder Parteien.«Die Berichte über rabiate Fluchthelfer, die Flüchtlinge mißhandeln oder in den Tod schicken, bewahrheiteten sich in diesem Fall auch nicht. Die Leiden und die Gefahren für die Flüchtlinge gingen nicht von den kommerziellen Helfern aus. Die immer kleiner werdenden Löcher im Zaun der Überwachung verursachten die Gefährdung. Sie macht auch die »organisierte« Flucht für die Betroffenen zu einem langen, zeitaufwendigen Weg, der voller Ungewißheit und Ängste ist. »Die Flüchtlinge müssen ja in der Regel große Strekken zu Fuß oder mit einem Lastwagen zurücklegen. Alle anderen Verkehrsmittel wie Züge oder Flugzeuge sind viel zu gefährlich wegen der ständigen Kontrollen. Eine Flucht mit dem Flugzeug ist wegen der elektronischen Überwachungsmaßnahmen illusorisch.«

Dann ist es natürlich so, daß der Druck enorm groß ist, wenn zum Beispiel Flüchtlinge als blinde Passagiere auf einer Fähre übersetzen, weil sie keine Papiere haben. Es ist ein enormer Streß, du darfst auf keinen Fall husten, weil ja jeder weiß: Wenn ich auffällig werde, dann war's das für alle.

Ich habe mitbekommen, daß dieser Druck alle psychisch vollkommen zermürbt hat.«

Eine besondere Bedeutung hat die Hilfe für die ›Illegalen‹ auch in den Zielländern. Nach den Torturen der Flucht bedarf es UnterstützerInnen mit großer Sachkenntnis und Einfühlungsvermögen, um das Risiko einer sofortigen Abschiebung zu vermeiden. Natürlich sollte dabei nie vergessen werden, wie nah die Kriminalisierung auch dieser Menschen bei der aktuellen politischen Tendenz ist.

Wenn die Flüchtlinge, die nur mit Hilfe hiesiger Unterstützer und kommerzieller Fluchthilfeorganisationen »illegal« nach Deutschland gelangen konnten, teilweise erfolgreich durch das Asylverfahren kommen, zeigt sich der ganze Zynismus und die Absurdität der deutschen Migrationspolitik. Und dies umso mehr, wenn zwar von deutschen Gerichten die Verfolgung der Betroffenen anerkannt ist, die UnterstützerInnen aber noch lange nicht vor Strafverfolgung schützt. »Ich würde es immer wieder tun«, ist trotz des Risikos und der Kriminalisierung angesichts der Schicksale der Flüchtlinge das entschiedene Fazit unseres Gesprächpartners.



Foto: Albert Zecheru

Eine klare Forderung stellen!

Ein Beitrag zur Diskussion über die Kampagne »Kein Mensch ist illegal«

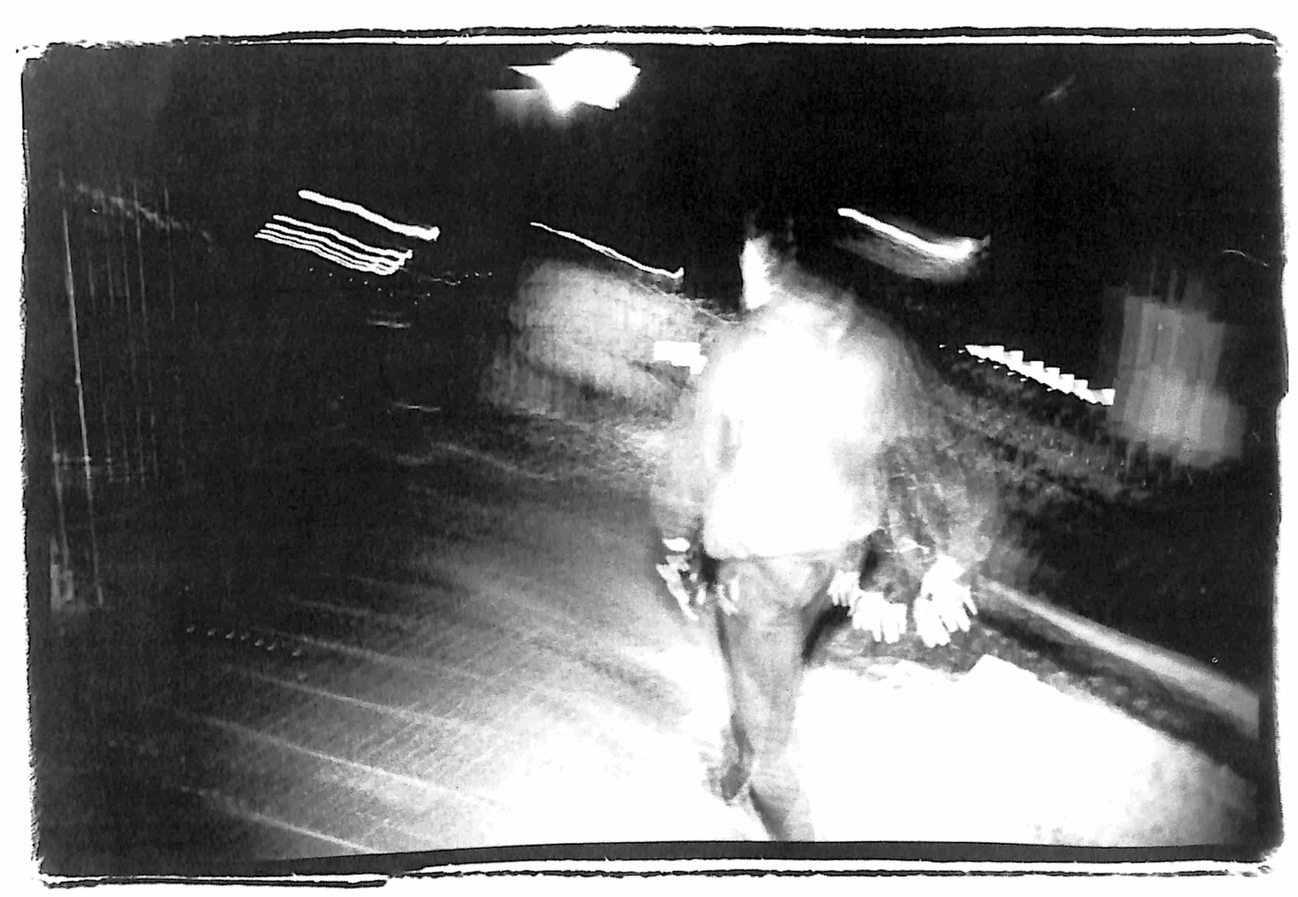


Foto: Albert Zecheru

Auch in Berlin haben sich mehrfach VertreterInnen unterschiedlicher Gruppen getroffen, um über Möglichkeiten der Mitarbeit an der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« zu diskutieren. Dabei gab es bisher keine konkreten Ergebnisse. Im Plenum der Antirassistischen Initiative wurde daraufhin diskutiert, worauf die Schwierigkeiten im Umgang mit der Kampagne zurückzuführen sind und was sich ändern müßte, um eine konkrete Zusammenarbeit zu ermöglichen. Der folgende Beitrag faßt diese Diskussion zusammen.[1]

Im Rahmen der diesjährigen Dokumenta in Kassel wurde die Kampagne »Kein Mensch ist illegal« ins Leben gerufen. Wir finden es gut, daß versucht wird, der Verfolgung und Illegalisierung von MigrantInnen entgegenzutreten und auf ihre Situation hinzuweisen. Wir wollen die Kampagne konstruktiv unterstützen. Aber immer, wenn in der Antirassistischen Initiative darüber diskutiert wurde, wie diese Unterstützung praktisch aussehen sollte, wurden wir früher oder später ziemlich ratlos. Deshalb ist unser erster Beitrag eine grundsätzliche Kritik, mit der wir zugleich die Forderung nach weiterführenden Diskussionen aufgreifen.

Was wir in der Kampagne sehen ...

1. Ansätze zur Vernetzung und Zusammenarbeit

Im Rahmen der Kampagne soll es gemeinsame Veranstaltungen geben, Publikationen gemeinsam herausgegeben werden. Eine Zusammenarbeit mit halblegalen Unterstützungsgruppen und mit MigrantInnenprojekten wird angestrebt.

Hinter der Idee, Ansätze für die Vernetzung und Zusammenarbeit unterschiedlicher Zusammenhänge zu schaffen, verbergen sich Widersprüche. Denn einerseits gibt es schon eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Gruppen – sonst wäre auch die Kampagne wohl kaum zustande gekommen. Es wird außerdem ausdrücklich gesagt, daß sich die Kampagne an dem orientiert, was schon läuft. Andererseits gelingt eine Zusammenarbeit oft nicht oder Gruppen entscheiden sich bewußt dagegen, wofür es dann gewöhnlich auch Gründe gibt. Die Kampagne bringt keine konkreten Vorschläge, wie die vorhandenen Hindernisse überwunden werden können. Offen bleibt auch die Frage, ob eine Kampagne das geeignete Instrument dafür ist, langfristig eine bessere Vernetzung zu schaffen.

2. Medienkampagne und Öffentlichkeitsarbeit

a) Die Öffentlichkeitsarbeit soll die politische Praxis sein, die die politische Bündelung verwirklicht. Unserer Meinung nach reicht das als gemeinsame Grundlage nicht aus

b) Angedacht wird Öffentlichkeitsarbeit für Unterstützungsgruppen. Hier fehlt ein Vorschlag, wie mit dem Problem umgegangen werden soll, daß Öffentlichkeit die halblegalen Projekte und Illegalisierten auch gefährden kann. Schon deshalb kann dies nicht der Schwerpunkt einer Medienkampagne sein.
c) Ziel kann deswegen nur das Schaffen einer Gegenöffentlichkeit sein, die auf das Problem der Illegalisierten aufmerksam machen will. Zwar ist es auf jeden Fall nötig, die Dinge anders zu thematisieren, als dies die Gegenseite tut. Eine Beschränkung darauf allein ist aber zu wenig.
d) Eine explizite Forderung bleibt der Aufruf an alle Menschen, Illegalisierte zu unterstützen. Diese Forderung richtet sich an die Zivilgesellschaft. Eine Zivilgesellschaft läßt sich aber nicht einfordern. Wo diese Zivilgesellschaft stark genug ist, kann mensch versuchen, ihr Ausdruck zu verleihen und so Druck auf den Staat auszuüben. Die deutsche Gesellschaft zeichnet sich aber dadurch aus, daß sie mit dem Staat an vielerlei Punkten verwoben ist.
Konkrete Unterstützung ist notwendig, aber sie reicht nicht aus. Sie hilft den MigrantInnen zwar, verändert aber ihre rechtliche Lage nicht. Es kann nicht Ziel der Kampagne sein, daß Illegalisierte auf die Gutherzigkeit von Deutschen angewiesen bleiben. Es bleibt eine Lücke zu der Idee, die Illegalisierung aufzuheben.

Forderungen an den Staat stellen? Daher muß unserer Meinung nach über politische Forderungen an den Staat im Rahmen dieser Kampagne diskutiert werden.

Die Texte der Kampagne gehen mit diesem Problem unklar und vage um. Sie erwähnen die Hamburger Legalisierungsdebatte zwar, in der heftig darüber gestritten wurde, ob es sinnvoll ist, vom Staat die Legalisierung aller Illegalisierten zu fordern. Sie bleiben allerdings dabei stehen, diese »kontroversen und letztlich unfruchtbaren Diskussionen« nicht wiederholen zu wollen. Statt dessen soll »diese Koordination auch eine Debatte über mögliche politische Forderungen aufgreifen«. So läßt sich das Problem, das es schon damals gab, nicht aus der Welt schaffen. Die Kampagne versucht, sich nicht festzulegen – weder für noch gegen Forderungen an den Staat. Das Problem wird einfach ausgeklammert. Wir halten diese Debatte jedoch sehr wohl für notwendig. Die Frage von Legalität und Illegalität ist immer an den Staat gebunden, weil der Staat sie entscheidet. Schon deshalb ist es nach unserem Ermessen notwendig, die Hamburger Debatte im Rahmen dieser Kampagne wieder aufzugreifen.

Forderung nach Legalisierung aller hier lebenden MigrantInnen

Unser Standpunkt in dieser Debatte ist, daß die Forderung nach Legalisierung aller hier (d.h. in Deutschland) lebenden MigrantInnen im Rahmen der Kampagne sinnvoll und notwendig ist.
Wir brauchen einen politischen Vorschlag, der
1. die reale Situation der MigrantInnen im Blick behält, ihre Forderungen nach gleichen Rechten anerkennt und mehr anbietet, als nur humanitäre Hilfe. Gleiche Rechte heißt hier ausdrücklich ein gleiches Aufenthaltsrecht für Deutsche und Nicht-Deutsche und dazu die gleichen sozialen Rechte. Um es klar zu machen: Ob dieser Vorschlag richtig ist, hängt von der Stellungnahme der MigrantInnengruppen ab, genauso wie wohl erst der Kampf der MigrantInnen die rassistische Situation verändern kann. Aber wenn wir die Zusammenarbeit wollen, müssen wir doch mehr anbieten als »Wir helfen Euch« und


Foto: Albert Zecheru

»Der Staat ist schuld.« Dies würde ein technisches wie paternalistisches Sozialarbeiterverhältnis festschreiben.

2. andere gesellschaftliche Gruppen erreichen kann, also auch Gruppen, die ein anderes Verhältnis zum Staat haben als wir. Wenn wir ein solches Bündnis wollen (und die Kampgnentexte lassen das vermuten), ist es wichtig, daß wir in diesem Bündnis nicht versuchen, uns gegenseitig unser Verhältnis zum Staat aufzuzwingen. Trotzdem wünschen wir uns, daß mehr an Gemeinsamkeit entwickelt wird. Dafür gibt es keine Garantie, aber wenigstens müssen wir anhand eines politischen Vorschlags Gruppen zur Stellungnahme zwingen.

3. unsere Vorstellungen und Ziele aufnimmt (»Kein Mensch ist illegal«) und versucht, sie zu konkretisieren, d.h. über das Verbreiten einer gemeinsamen Parole hinauszutreiben. Von daher ist das Stellen von Forderungen ganz sicher Realpolitik. Aber wir stellen ohnehin beständig konkrete Forderungen, wie z.B. »Keine Abschiebungen nach Ex-Jugoslawien!!!«. Dies müssen wir auch. Wir müssen eine Brücke schlagen zwischen unseren konkreten Forderungen und unseren Zielen und deutlich machen, daß wir unsere Ziele konkret verwirklichen wollen. Das beinhaltet, von diesem Staat alles zu fordern, was die Probleme der Illegalisierten löst. Solche Forderungen dürfen nicht beliebig sein: Vorschläge wie ein Einwanderungsgesetz scheiden schon deshalb aus, weil sie MigrantInnen nach den Nützlichkeitskriterien dieser Gesellschaft ausdifferenzieren. Auch gibt es sicher andere Möglichkeiten, die Sache anzugehen, z.B. internationale Lösungen. Sie sind aber nur dann eine denkbare Perspektive, wenn sie genauso konkret verstanden werden wie dieser Vorschlag. (Und sie befreien uns nicht aus dem nationalen Rahmen. Nähmen wir diesen Vorschlag ernst, so müßten wir auf die Bundesrepublik Deutschland einwirken, an entsprechenden Konferenzen teilzunehmen oder sie sogar zu initiieren.)

4. im staatlichen Rahmen zu verwirklichen ist. ImmigrantInnen müssen staatlich legalisiert werden. Natürlich sollte auch eine Revolution das Problem lösen. Aber zum einen können die Illegalisierten nicht so lange warten, zum anderen können wir eine Revolution nur durchführen, aber nicht fordern.

Probleme der Legalisierungsforderung

Das Einfordern einer Legalisierung und deren Umsetzung wird nicht alle Probleme lösen – weder die der hiesigen UnterstützerInnen noch die der MigrantInnen. Ein Zugeständnis besteht in der Unterscheidung zwischen denen, die jetzt (oder zum Zeitpunkt der Legalisierung) hier sind, und denen, die vielleicht noch kommen. Schon aus diesem Grunde ist die Verknüpfung mit konkreter Hilfe für Illegalisierte notwendig, um immer klar zu machen, daß wir mehr wollen und das auch ernst meinen. Genauso notwendig ist es auch, Forderungen wie die nach gleichen Rechten für alle im Blick zu behalten. Aber konkrete Forderungen hindern uns niemals daran, viel weitergehende Ziele zu formulieren und auch zu verfolgen.

Weiter ist klar, daß diese Forderung (anders als z.B. die nach offenen Grenzen) nicht zeitlos sinnvoll ist. In einer anderen politischen Situation, z.B. nach der Durchsetzung mehrerer Legalisierungsgesetze, müßten wir andere Forderungen entwickeln. Diese Forderung ist und soll jetzt sinnvoll sein.

Die Forderung nach Legalisierung braucht und sollte nicht so weit ins Detail ausgeführt werden, daß ein kompletter Gesetzesvorschlag dabei herauskommt. Was aber passieren muß, ist eine Konkretisierung, die ausdrückt, daß wir die Legalisierung aller Flüchtlinge meinen. Eine Legalisierung könnte demnach so aussehen, daß alle Menschen, die sich in einem bestimmten Zeitraum melden können, eine Aufenthaltsberechtigung bekommen. Hingegen können Stichtagsregelungen, die voraussetzen, daß Illegalisierte zu einem bestimmten Tag bereits im Land gelebt haben, nicht unsere Forderung sein. Dies würde Illegalisierte zwingen, ihre Existenz im Land für einen Zeitpunkt zu beweisen, an dem ihnen alles daran gelegen sein mußte, keine Spuren zu hinterlassen.

Zu unserem weiteren Vorgehen mit diesem Vorschlag: Zwar haben wir uns noch keine Gedanken darüber gemacht, wie ein Kampf um diese Forderung konkreter werden kann. Die Forderung soll zunächst zur Diskussion gestellt und damit die versackte Hamburger Debatte wieder aufgenommen werden. Als ersten Beitrag plant die ARI eine Diskussionsveranstaltung, auf der diese Fragen diskutiert werden können.

Antirassistische Initiative Berlin (ARI)

1 *Es handelt sich um die überarbeitete Version des Arbeitspapiers »Womit wir uns schwertun«.*

Eigene Strukturen schaffen!

Ende September hat die Antirassistische Initiative (ARI) aus Berlin unter dem Titel »Womit wir uns schwertun« die Schwierigkeiten zusammengefaßt, die ihnen die Kampagne »kein mensch ist illegal« bereitet.[1] Diese Kritik berührt einige zentrale Punkte, wir wollen aber den Einwänden und Bedenken im folgenden weniger entgegnen, als vielmehr einige Überlegungen zur Diskussion stellen.

1. Um gleich mit der Türe ins Haus zu fallen: Es ist weder Zufall noch Verlegenheit, wenn die Kampagne »kein mensch ist illegal« nicht hauptsächlich darin besteht, »politische Forderungen an den Staat« zu stellen. Im Gegenteil: Es geht unseres Erachtens im Moment vorrangig darum, eigene Strukturen, Netzwerke und Artikulationsformen auszumachen, aufzubauen und voranzutreiben, um der staatlichen Anerkennungs- und Abschiebemaschinerie entgegentreten zu können. Dies bedeutet zumindest ein gewisses Maß an Ignoranz dem staatlichen Repressionsapparat gegenüber und erscheint uns wirkungsvoller, als die Behörden um Erbarmen zu bitten oder an die staatsmännische Vernunft zu appellieren. Gleichzeitig sehen wir darin aber auch die Chance zu einer sozialen und politischen Praxis, die dem Staats-Rassismus auch tatsächlich etwas entgegenzusetzen hat – und sei es kurzfristig oder von vorübergehender Dauer.

2. Die Kampagne, der Appell und nicht zuletzt die Parole »kein mensch ist illegal« scheinen uns hierfür geeignet – nicht als Projektionsfläche all dessen, was wir eigentlich fordern müßten oder je wollten, sondern als Ausgangspunkt einer politischen Neubestimmung. Diese kann nur als ein Prozeß begriffen werden und ist mehr als nur einem Motiv geschuldet. Sie beruht aber ganz sicher nicht auf einem Wechselspiel von Strategie und Taktik, von vermeintlich »realistischer« Forderung und »revolutionärerer« Perspektive und läßt sich auch nicht auf bloße »Öffentlichkeitsarbeit« reduzieren.

3. Unabhängig von allen Bemühungen um eine Abschottung der Grenzen der sogenannten »Festung Europa« gibt es eine Autonomie der Migration, die sich nur wenig um die jeweilige Gesetzeslage scheren will und scheren kann. Migration ist die praktische Einforderung des Rechtes auf Freizügigkeit. Die bürgerlichen Nationalstaaten müssen schon aus Gründen der Selbsterhaltung dieses Recht, wie die meisten anderen Menschenrechte, privilegierten Kreisen vorbehalten. Politische und soziale Auseinandersetzungen, die auf eine Aneignung oder Wiederaneignung dieser Rechte abzielen, müssen dem Staat und seinem Gewaltmonopol die Definitionsmacht darüber, für wen diese Rechte gelten und für wen nicht, absprechen und entziehen.

4. Jeder Forderung nach einer Legalisierung von Staats wegen muß, will sie keine Balkonrede sein, eine »Legalisierung von unten« vorangehen, die den Herrschenden zumindest keine andere Wahl läßt, als Teillösungen zu offerieren. Die Kämpfe der ›sans papiers‹ in Frankreich zeigen, daß eine »Legalisierung« zu allererst von den sogenannten »Illegalisierten« eingefordert werden muß und daß diese autonom über die Ausgestaltung



Foto: Albert Zecheru

dieser Forderung bestimmen. Und sie zeigen, daß eine »Legalisierungsofferte«, und sei sie so fadenscheinig wie die der sozialistischen Regierung, die Unterstützungsbewegung sehr wohl auch schwächen kann.

5. Der Appell »kein mensch ist illegal« stellt keine Forderungen, außer solchen, die tatsächlich »realistisch« sind. Realistisch insoweit, als sie nicht an die Staatsmacht, sondern an uns selbst gerichtet sind und von uns auch realisiert werden können. Unmißverständlich wird dazu aufgefordert, Menschen, die sich das Recht nehmen oder nehmen müssen, hierher einzuwandern, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Daß dabei womöglich auch gegen herrschende Gesetze verstoßen werden muß oder daß Solidarität und Unterstützung nicht in ein paternalistisches Verhältnis münden dürfen, verweist nun gerade darauf, daß diese Themen nicht am grünen Tisch verhandelt werden können und gleichzeitig ein durch selbstkritische Reflexion geschärftes Bewußtsein und eine gemeinsame Auseinandersetzung erfordern.

6. Nicht von ungefähr sieht sich antirassistische Arbeit unabhängig vom weltanschaulichen Hintergrund zunehmend mit den Problemen »Illegaler« konfrontiert. Durch die zahllosen Neuverordnungen, Erlasse und Gesetzesverschärfungen hat sich schließlich auch der Spielraum der Unterstützungsarbeit dramatisch verengt und verkürzt. Die Folge ist, daß sich immer weitere Teile antirassistisch oder humanitär motivierter Maßnahmen der herrschenden Gesetzeslage entziehen müssen oder von vornherein unter Strafe gestellt sind. Anstatt diese Entwicklung nur zu bedauern, müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Akte praktischer Unterstützungsarbeit öffentlich zu verteidigen und wirksam zu propagieren. Ziel ist, diese Praxis soweit zu vervielfältigen, daß staatliche Repression nicht greifen kann. Daß Öffentlichkeit bestimmte Projekte auch gefährden kann, steht außer Frage, aber auch in keinem Widerspruch dazu. Die Entscheidung, was, wann, in welcher Form, wem gegenüber öffentlich gemacht wird, läßt sich nicht pauschal beantworten und bleibt selbstverständlich dem Verantwortungsbewußtsein der AkteurInnen überlassen.

7. Wir sind uns sicher, daß mit Hilfe eines sensiblen Erfahrungsaustausches und lokaler sowie überregionaler Vernetzung nicht nur pragmatische Erfolge erreicht werden können, sondern auch die eigentlichen politischen Dimensionen solcher oft als »humanitär« abgekanzelter Aktivitäten erst deutlich werden. In den letzten Wochen hat es in vielen Städten erste Vernetzungstreffen gegeben, die vor allem eines deutlich gemacht haben: Die bereits vorhandenen Ansätze sind breiter, als gemeinhin anzunehmen war, und die Notwendigkeit, diese offensiv in der Öffentlichkeit zu vertreten, ist groß. Die Befürchtung, daß durch eine Überbetonung dieser Aspekte der Eindruck entsteht, »Illegale seien auf die Gutherzigkeit von Deutschen angewiesen«, teilen wir nur bedingt. Dagegen spricht schon allein die Tatsache, daß der Großteil von Maßnahmen zur Sicherung des Überlebens oder beispielsweise der Einreisemodalitäten, von den Communities selbst organisiert wird.

8. In den letzten Jahren hat sich die Hetze gegen »Illegale« und vor allem gegen die »Schlepperkriminalität« wesentlich verschärft. Gleichzeitig nimmt die Zahl von MigrantInnen, die sich zumindest zeitweise in »illegalem Status« befinden, zu. Grund ist eine international und auf europäischer Ebene abgestimmte Politik, die »Illegale« und »Illegalität« systematisch produziert. Darin, diese Systematik zu analysieren und anzugreifen, sehen wir unsere aktuelle Aufgabe. Jede abstrakte Forderung nach »Legalisierung« unterschätzt oder verharmlost diese Systematik. Sie greift notwendigerweise zu kurz, weil sie allenfalls den status quo festzuschreiben vermag.

n.s.i.a.m.p.

1 *Der in diesem Heft abgedruckte Beitrag der Antirassistischen Initiative ist eine leicht überarbeitete Version dieses Papiers.*

NS- Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland

Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung

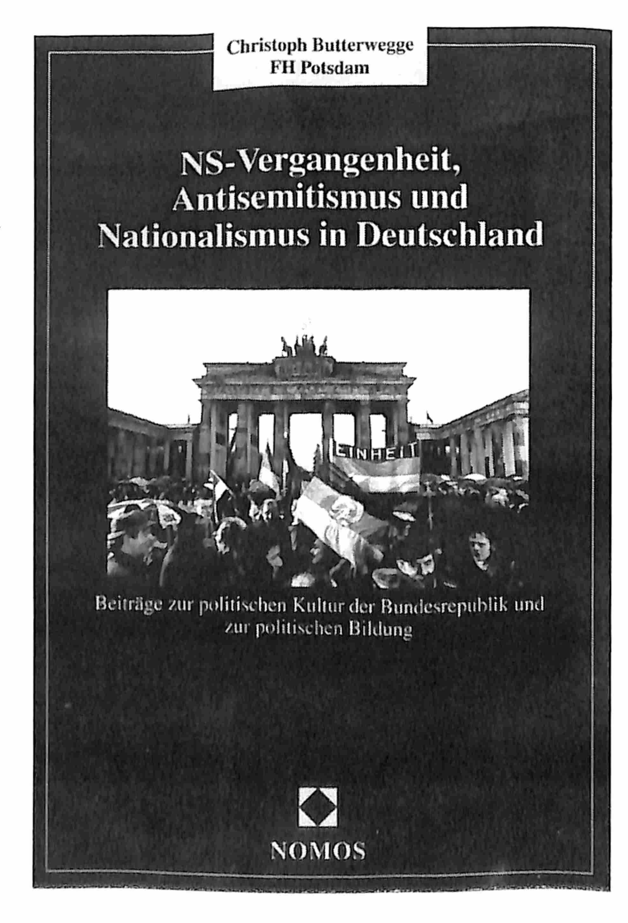
Der Nationalismus in Deutschland ist eine florierende Erscheinung, gerade durch die auf allen Ebenen aufgerollte Diskussion um das Verhälnis ›der Deutschen‹ zu ›ihrer Identität‹ und zu ›ihrem Selbstverständnis‹. Aufhänger eine derartige Diskussion zu führen ist alles, von der bekennenden Rechtsaußen-Position mit der Forderung aus dem »Schatten der Vergangenheit« (Rainer Zitelmann) zu treten, über die selbstdefinierte Mitte mit der nationalen »Schutz- und Schicksalsgemeinschaft« (Wolfgang Schäuble), bis zur, nach Eigenverständnis links definierten, Kulturkreis-Auffassung, die nichts anderes als kulturalistischer Rassismus ist. Daß dieses Wiederaufleben verschiedener, zum Teil neuer Erscheinungsformen des Rassismus nicht von der NS-Vergangenheit Deutschlands zu trennen ist, weist das aus einer Veranstaltungsreihe der FH Potsdam entstandenen Buch nach. Die Kontinuität und die Einschnitte in der Entwicklung der Bundesrepublik bis zur sogenannten Neuen Rechten werden aus drei verschiedenen Blickrichtungen untersucht: dem Umgang mit der NS-Vergangenheit, dem latenten und offenen Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit, sowie dem Nationalismus und der Möglichkeit demokratischer Alternativen im wiedervereinigten Deutschland.

Zu Anfang wird von Jörg Wollenberg die ungebrochene Kontinuität der gesellschaftlichen Kräfte beschrieben, die den Nationalsozialismus ermöglichten. Sie hielten sich über »die ›Stunde Null‹, die keine war«(15). Der Morgenthauplan der »industriellen Entwaffnung«(19) war schnell beiseite geschoben. Dienlich dabei waren auch zentrale historische Legenden, wie z.B. die von Goebbels stammende Interpretation des Morgenthauplans »als eine Umwandlung Deutschlands in einen Kartoffelacker« (19). Sie haben sich gegen die jederzeit nachprüfbaren Tatsachen bis heute erhalten. Diese hartnäckige Resistenz von alten Legenden und die neue Popularität eigentlich vollkommen unhaltbarer ›Querdenkereien‹, wie der inzwischen wieder zu großer Popularität gekommenen ›Totalitarismustheorie‹, stehen in einer Allianz mit der Geschichte des Verdrängens und Vergessens. Anhand des seit 1990 in den Medien schon fast allgegenwärtigen Vergleichs der DDR mit dem sog. Dritten Reich dokumentiert Ludwig Elm die Rechtsverschiebung des Denkens aufs Eindringlichste.

»*Häufig wird beschwichtigend hinzugefügt, daß Vergleichen nicht Gleichsetzen bedeute. Diese in ihrer Banalität unbestreitbare Feststellung wird jedoch durch verschiedene Tendenzen relativiert oder sogar unwirksam. Dazu gehören die Häufigkeit und die vielfach polemische Leichtfertigkeit des Nebeneinandersetzens beider Regime, die Vernachlässigung des Unvergleichbaren und Gegensätzlichen – was gerade das Wesen des Faschismus und vor allem seiner deutschen Erscheinungsform, des Nationalsozialismus, ausmacht, sowie das im entschiedenen Antikommunismus konservativer Prägung angelegte Bestreben, angebliche oder wirkliche Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten zu übersteigern.*«(53)

Die Totalitarismusdebatte ist das perfekte Beispiel der bewußten Geschichtsverfälschung durch die Ausklammerung des Wesentlichen und der intensiven Diskussion und dadurch Überbewertung von Nebenaspekten. Das permanente Vergleichen und Nebeneinanderstellen der DDR und des Nationalsozialismus ist inzwischen sogar dazu übergegangen, die DDR als das größere Übel erscheinen zu lassen (57). Diese Diskussion hat kein anderes Ziel, als die Spitzenposition des bürgerlichen Totalitarismus – des Nationalsozialismus – in der Weltgeschichte der Menschheitsverbrechen zu relativieren. Besonders geschmacklos daran ist die Verbindung mit der DDR, deren unzweifelhaft autoritäre Struktur sich weit entfernt vom Nationalsozialismus befindet. »Dazwischen rangieren viele Dutzend Staaten und Regime allein aus diesem Jahrhundert, darunter auch Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates.«(57)

Daß es dringend notwendig ist, diese Banalität festzustellen, läßt sich in voller Traurigkeit u.a. auf den Leserbriefseiten im Zeitgeist-Blätterwald sehen. Es ist zum Schaudern, wie sich dort Figuren in frei flottierenden Geist- und Gedankenlosigkeiten verbreiten, die sich selbst irgendwo links verstehen. Da fühlt sich beispielsweise im Berliner Stadtmagazin »Zitty« (21/ '97, S. 6) ein Leser gekränkt, ob der – als »infam« bezeichneten – Feststellung Wolfgang Wippermanns, daß verschiedene DDR-Bürgerrechtler der kon-



servativen Kulturrevolution zuzurechnen sind. Was bei den Äußerungen dieser Figuren wahrlich keine gewagte Unterstellung ist. Denn diese bewegt offensichtlich nichts anderes mehr, als die vielleicht aus Betriebsblindheit und Repressionserfahrung geborene Unterstützung der grenzenlosen Dämonisierung der DDR und ihrer Koryphäen.
Dieses Phänomen, daß man sich wegen mangelnder Auseinandersetzung oder übergroßer Feindbilder, plötzlich in einem ganz anderen Boot als dem geglaubten befindet, passiert ebenso leicht im Rassismusdiskurs.

»Viele weisen empört die Annahme von sich, sie könnten selbst z.B. rassistisch oder antisemitisch sein (oder ihren Haß auf die eigene Gesellschaft in die ›Liebe‹ zu ›Fremden‹ umkehren, z.B. nach dem Motto: ›Liebe Ausländer, laßt uns mit diesen Deutschen nicht allein!‹). Wie fremd erscheinen wir uns selbst, wenn wir Rassismus oder ein Bedürfnis nach Ausgrenzung in uns entdecken, sobald wir keine flexibleren, offeneren Wege für den Umgang mit Konflikten finden?«(120f)

Renate Nestvogels Untersuchung rassistischer Verhaltensweisen, deren Grundstruktur in der Wahrnehmung des ›Fremden‹ und des ›Eigenen‹ liegt, gehört zu den zahlreichen Höhepunkten dieses Buches. Dazu zählen auch die Ausführungen Birgit Rommelsbachers zum Umgang mit Antisemitismus, seiner Tabuisierung, Verdrängung und seinem untergründigen Weiterleben in der deutschen Nachkriegsgesellschaft.
Die Rolle der Medien in den Ethnisierungsprozessen und den politischen Rechtstendenzen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, wird von Christoph Butterwegge eindringlich beschrieben. »Zwar ist die Wirkung der Mediengewalt umstritten, die Verantwortung der Massenmedien für das Ausmaß und die Akzeptanz rechtsextremer Militanz aber nicht zu leugnen.« (181) Zum Beispiel wurde von BILD *»...die Stimmung gegen Flüchtlinge im Herbst 1991 so weit geschürt, daß rechtsextreme Gewalttäter der Sympathie breiter Schichten sicher sein zu können glaubten... Nicht erst die ausführliche Berichterstattung über das gewalttätige Vorgehen gegen Flüchtlinge in Hoyerswerda hat viele Nachahmungstäter auf den Plan gerufen, sondern die Berichterstattung über (ostdeutschen) Rechtsextremismus in den Wochen und Monaten zuvor entsprechend disponierte und noch schwankende und unentschlossene Leser ermutigt, sich an solchen Gewaltakten zu beteiligen oder sie verbal zu unterstützen.«(186)*

Die Medienanalyse erschöpft sich nicht in der Analyse auf welchen Wegen Rassismus durch sie gefördert und eine breite öffentliche Zustimmung latent suggeriert wird. Für eine Änderung der Berichterstattung mit antirassitischem Kern werden konkrete Vorschläge und Hinweise geliefert. Zu hohe Erwartungen bremst der Autor auf ein realistisches Maß herunter.

»Den alltäglichen Rassismus durch eigene Zivilcourage und durch kollektive Gegenwehr zurückdrängen zu wollen, gleicht möglicherweise Don Quichottes Kampf gegen Windmühlenflügel. Ansatzpunkte für antirassistische Strategien, Maßnahmen und Projekte gibt es gleichwohl genug; sie müßten in der Öffentlichkeit nur mehr als bisher bekanntgemacht und in die Praxis umgesetzt werden, wobei den Kommunikationsmedien wiederum eine Hauptaufgabe zufällt.«(216)

Schweigen ist Käse, Reden ist Gold!

Tobias Faßmeyer, ZAG Redaktion

Chr. Butterwegge (Hg.), NS-*Vergangenheit, Antisemitismus* und Nationalismus *in Deutschland*: *Beiträge zur politischen* Kultur *der Bundesrepublik und zur politischen Bildung* / FH Potsdam, Nomos, Baden-Baden 1997, 239 S., 38,- DM

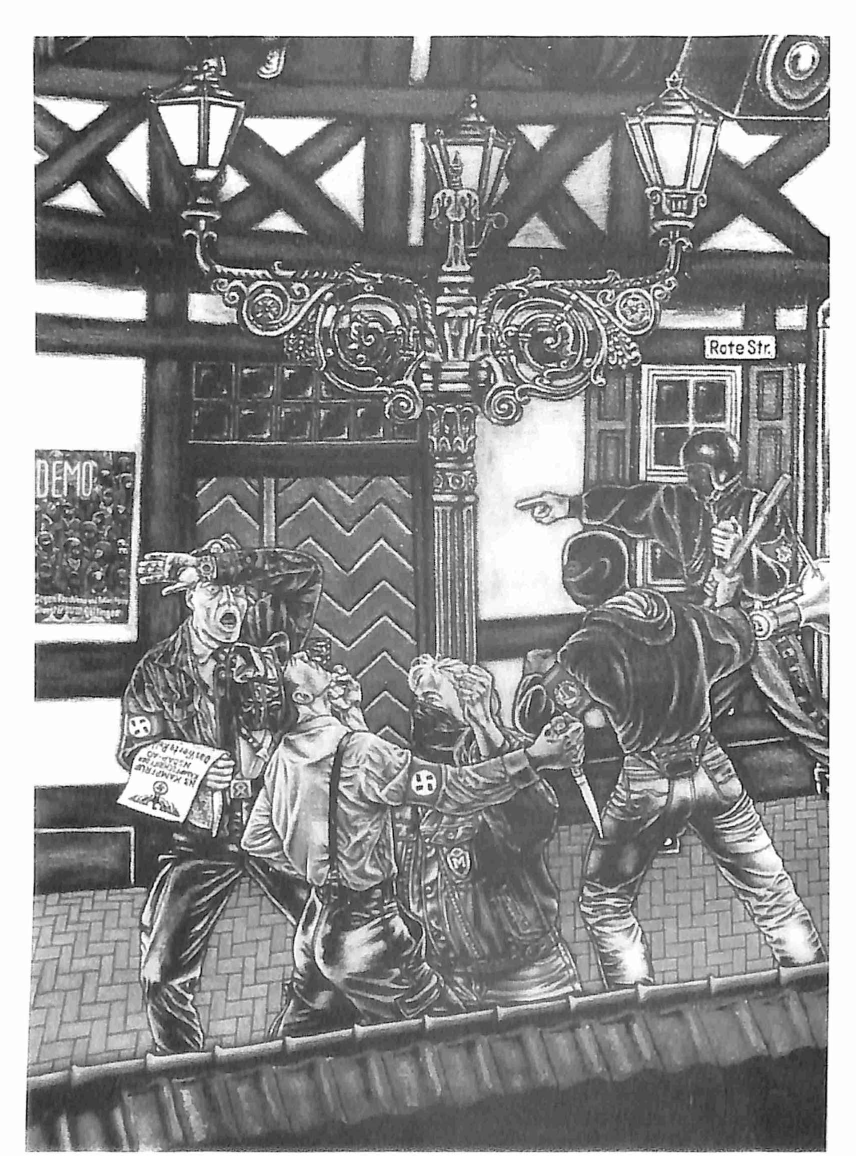
Kunst als Widerstand

Plakate, Ölbilder, Aktionen, Texte der Initiative Kunst und Kampf

Bernd Langer ist der Herausgeber des im August 1997 erschienen DIN A4-Bandes »Kunst als Widerstand«. Der Umschlag ist in schwarz gehalten, die Überschrift in goldener Farbe. Darunter ist das Symbol der Kunst und Kampf (KuK)-Initiative in schwarzweiß abgebildet. Das Symbol wirkt eher gefährlich im Zusammenhang mit dem Titel des Bandes. Es handelt sich dabei um eine sitzende Figur in einem Dreieck mit einer Waffe in der Hand. Bernd Langer erläutert hierzu: »Das neue Zeichen soll bewußtes politisches Handeln, Militanz und den autonomen Politikansatz in sich vereinen«. Was hat das mit Kunst zu tun, und dem Zusammenhang von künstlerischer und politischer Aktivität? Im ersten Teil des Bandes, insgesamt gliedert er sich in vier, wird über die Geschichte des linken Widerstandes seit 1945 kurz und knapp informiert. Dabei werden zwei Themen besonders hervorgehoben: »Kämpfende Bewegung« und »Autonomer Antifaschismus«. Vor diesem Hintergrund erklärt Bernd Langer die Handlungen der KuK-Initiative im zweiten Teil des Bandes. Dabei wird die Geschichte des linken Widerstandes abschnittsweise aus dem ersten Teil wiederholt, was das Lesen unnötig in die Länge zieht. Plakate und Ölbilder sind im letzten Abschnitt eng an eng zusammengedrängt. Was fehlt, ist ein erläuternder Text zum jeweiligen Bild. Die Erläuterungen befinden sich leider am Ende des zweiten Teils, so daß dem Leser nichts anderes übrig bleibt, hin und her zu blättern. Eine Beschreibung der Aktionen der KuK. befindet sich vorwiegend im dritten Teil

des Bandes unter dem Titel: »KuK-Plakate und ihre Geschichte«. Das stimmt irritierenderweise mit der Bezeichnung des Kapitels im Inhaltsverzeichnis nicht überein. Reichlich plakativ wirken die in den Bildern Vermummten. Diese sind meistens in kampfbereiter Stellung mit Waffe in der Hand abgebildet. Die Vorstellung Pablo Picasso hätte sich selbst mit Vorliebe in seinen Bildern kampfbereit und mit Waffe in der Hand dargestellt, um politischen Widerstand darzustellen, ist absurd. Aber das unterscheidet unter anderem die Initiative KuK von Pablo Picasso. Daß er das Bild »Massaker in Korea« von 1951 malte, zeigte seine kritische Haltung gegen die Kriegspolitik der USA. Auch dieses Bild wurde in den Band aufgenommen. Zurück zu den Vermummten. Sie tragen das Symbol der »Antifaschistischen Aktion« als Banderole um den Oberarm, wie die Nazis das Hakenkreuz. Das bleibt und ist ein Kunstverständnis, welches propagandistischen Zwecken dienen soll. Die Vermummten wirken in manch einem Ölbild geradezu lächerlich, weil es so aussieht, als wenn sie sich dorthin verlaufen hätten, z.B. in dem Ölbild »Um alles!«, 1991. Das Ölbild wird folgendermaßen kommentiert: »(...). Vor dem Zentrum des Feuers befinden sich die einzigen menschlichen Gestalten auf dem Gemälde. Keine große Volksmenge drängt hier gegen die alte Ordnung vor, sondern es erscheint ein Vortrupp von drei Personen. Sie sind mit grünen Militärjacken bekleidet und tragen über ihren Gesichtern schwarze Masken. Mit dem schußbereit in beiden Händen hochgehaltenen Gewehr läßt die vorderste Figur Entschlossenheit erkennen. (...)«.(Bernd Langer) Die Vermummten, »ein Vortrupp« etwa, sollen also unser aller Erlöser und Retter werden? Und »große Volksmengen«, revolutionär gestimmt, sollen folgen? »Der Kunstbegriff von KuK ist gleichsam ein Kampfbegriff«, schreibt die Initiative in ihrer Werbung für den Band. Die Frage taucht auf, ob die besagte Initiative den bewaffneten Kampf als Widerstand will, oder die »Kunst als Widerstand«?

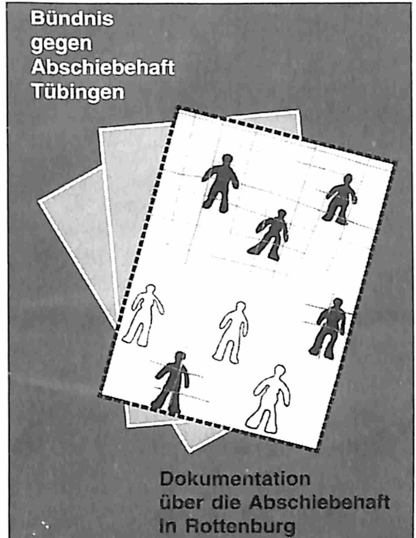




Anke Kopek

Bernd Langer(Hg.), Kunst als Widerstand Plakate Ölbilder Aktionen Texte der Initiative Kunst und Kampf, Bonn, Pahl-Rugenstein, 1997.

Dokumentation über die Abschiebehaft in Rottenburg
Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen (Hg.)



Das »Bündnis gegen Abschiebehaft Tübingen« gehört zu den seit Jahren aktivsten Gruppen im Antirassismusbereich. Seine Arbeit bleibt auch nicht auf die abstrakte Formulierung politischer Forderungen beschränkt. Es gehört zu den wenigen Gruppen, die versuchen durch direkten Kontakt mit den Abschiebehäftlingen Unterstützung zu leisten. Die jetzt erschienen Dokumentation ist deshalb keine über die politischen Aktionen des Bündnisses, sondern eine Dokumentation der Erfahrungen, die durch den direkten Kontakt mit den Abschiebehäftlingen gesammelt wurden. Der vom Bündnis betreute Abschiebeknast steht in Rottenburg a. N. und ist ausschließlich für Männer. In der Broschüre werden die Probleme offen angesprochen, die sich aus und in der Arbeit mit den Häftlingen ergeben. Sei es die klassische Arbeitsteilung innerhalb des Bündnisses – die Besuche werden vor allem von Frauen gemacht, während die Männer vor allem die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen – oder die Schwierigkeiten der Frauen im Umgang mit den männlichen Abschiebehäftlingen. Die Dokumentation gewährt einen tiefen Einblick in die brutale Abschiebepraxis der Bundesrepublik. Verstanden werden soll die Dokumentation – außer als Information auch und besonders als Aufforderung aktiv zu werden. Käuflich erwerbbar ist sie für 6 DM bei

Bündnis gegen Abschiebehaft, c/o Asylzentrum, Neckarhalde 32, 72070 Tübingen

AFRIKANISSIMO
15 Jahre AKTION 3. WELT Saar

Die AKTION 3. WELT feiert ihr 15-jähriges. Dazu werden verschiedene Veranstaltungen angekündigt, die alle nicht in das »Entwicklungshilfe«-Schema passen. Denn die AKTION 3. WELT ist eine Trägerin verschiedener Projekte, zu denen auch eine Flüchtlingsberatungsstelle und ein Anti-Rassismus Büro gehören. Sie distanziert sich deutlich von der Anmaßung, andere in der sogenannten 3.Welt entwickeln zu wollen. Die Selbstdarstellung und das Programm können kostenlos angefordert werden bei:

AKTION 3.WELT *Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim*



Die Rechten im Europaparlament

Das wenig beachtete Europaparlament ist für die europäischen Rechten die Plattform auf der sie ihre transnationale Zusammenarbeit vorantreiben. Dies kann nun nicht mehr ganz unbehelligt passieren. Mit großer Akribie hat André Osterhoff ein Who is Who der Euro-Rechten zusammengetragen. Das Buch hat das Format zum Standardwerk. Von den zahlreichen Trägerparteien der eurorechten Fraktionen inclusive der Programmatik und dem Selbstverständnis der Euro-Rechten, bis zu den informellen Verbindungen und den Einzelpersonen reicht die Materialfülle. Wahrscheinlich alles was zu diesem Thema aufzutreiben überhaupt möglich ist.

André Osterhoff, Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten. UNRAST-*Verlag, Münster* 1997, 383 S, 39,80 DM

Fluchtzeiten
»Kein Mensch ist illegal«

Unter dem Motto »Künstler/innen unterstützen Flüchtlinge« stellt sich das Projekt »Fluchtzeiten« vor. Es versteht sich als »politisches Projekt für Künste«. Einerseits will das Projekt »Fluchtzeiten« die Frage nach einem gesellschaftspolitischen Standort und Prozeß, nach einem internationalistischen Anspruch und Verständnis an Künstler/innen, Kunstproduktionen, Präsentationen, Kontext und Vermittlung stellen. Andererseits bezeichne es ein » work in progress«, einen lebendigen Prozeß, an dem verschiedene KünstlerInnen, Kunstgattungen, Kunst- und Kunsteinrichtungen, künstlerische und politische Gruppen mit ihren eigenen Ideen organisatorisch, inhaltlich und praktisch zusammenkommen. Sowohl die beteiligten Künstler als auch die veranstaltenden Kulturinstitutionen sehen das Projekt »Fluchtzeiten« als ein Zeichen aktueller und politischer Kunstkonzeptionen in internationalem Zusammenhang. Gleichzeitig ist es auch Teil des Widerstandes gegen die herrschende Asylpolitik, die immer repressiver und technokratischer organisiert wird.



Das Projekt findet noch bis zum 27.*November* 1997 *statt, und zwar im: Fuhrpark-Kulturzentrum im Buntentor, Buntentorsteinweg* 112, 28021 *Bremen*

»Zehn Jahre Megafon«

ist das Schwerpunktthema der Oktoberausgabe des Megafons aus dem linken Kulturzentrum »Reitschule« in Bern. In vier Artikeln, einem Interview und einer Fotoro-

manze werden die letzten zehn Jahre von verschiedenen Leuten kommentiert. Die angeschnittenen Themen sind einem dabei nicht fremd: Liest den Kram überhaupt jemand? Ändert das Layout etwas an den Leserzahlen? usw. Leider werden die Probleme nur angeschnitten, Diskussionen oder gar Antwortversuche bleiben aus. Schade, ein zehnjähriges Jubi-läum wäre, wenn man/frau schon sich selbst als Schwerpunktthema wählt und kritisch seine Geschichte beäugt, ein guter Zeitpunkt gewesen, mal über persönliche Feststellungen hinauszukommen. Grade, wenn häufig zu lesen ist, daß man/frau von der Kiezzeitschrift wegkommen möchte, sollte man/frau lokale Themen wenigstens allgemein besprechen. Ein Weg in diese Richtung ist der »nicht-repräsentative Überblick« über die linke Medienlandschaft.

Der Kulturteil ist dann der zweite Teil des Heftes, der durch das Programmblatt der Reithalle eingeleitet wird und dieser im Ganzen gewidmet ist.

megafon, *Postfach* 7611, CH-3001 *Bern* (*Einzelheft* SFr. 4,-, *Jahresabo* SFr. 32,-)

Der »Interkulturelle Antirassismuskalender 1998«

von der »Arbeitsgruppe SOS-Rassismus NRW« ist erschienen und zu beziehen für 10,-DM im:

UNRAST–*Verlag*, *Postfach* 8020, 48043 *Münster*

Das »Internetprojekt Migration/Flucht/Asyl«

ist auf dem 2. int. Kongreß gegen Neoliberalismuß und für Menschlichkeit aus einer Idee der Arbeitsgruppe »Migration« entstanden, nächstes Jahr einen europaweiten Kongreß zum Thema Flucht und Migration abzuhalten, mit dem Ziel, einen regelmäßigen Austausch über die Erfahrungen und die unterschiedlichen Situationen von MigrantInnen und Flüchtlingen in Europa zu etablieren. Vor allem aber, um Aktionen gegen die Abschottungspolitik und die Auswirkungen des Abkommens von Schengen zu koordinieren. Ein erster Austausch soll über eine Internetseite stattfinden, auf der konkrete Informationen zum Thema Migration / Flucht / Asyl auf europäischer Ebene zu finden sein sollen. Zunächst auf englisch, dann mehrsprachig. Gruppen und Einzelpersonen können dabei Informationen mailen, faxen, oder per Post schicken. Sie werden ggf. überarbeitet und übersetzt, um dann auf der Internetseite plaziert zu werden. Koordiniert wird das ganz von der

STADTRATTE *e.V.*, *Postfach* 22 11 14, 80501 *München*, *Fax*: ++49-(0)89-939 40 181, *Email*: *stadtratte@euromail.com*,



ZAG im Abonnement

Wer ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Auf dieser Seite findet Ihr die Bestellpostkarte. Wir schicken Abos – soweit nicht anders vereinbart – nur raus, wenn sie bezahlt sind. Denkt also daran, rechtzeitig zu bezahlen. Bitte füllt die Bestellung und den Überweisungsschein für die Bank vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. Wir haben nämlich immer wieder das Problem, Abo-Bestellungen und Überweisungen zu kriegen, bei denen wir wegen der unvollständigen Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausg.) kostet im Inland 20.-DM, im Ausland 30.-DM (incl. Porto. Lieferung nur gegen Vorkasse.) Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, zeichne ein Förderabo. Gegen Spenden haben wir selbstverständlich auch nichts einzuwenden. Außerdem suchen wir Läden, Buchhandlungen und Gruppen, die die ZAG weiterverkaufen. WiederverkäuferInnen erhalten die ZAG auf Wunsch mit Rabatt oder auf Kommission. Wenn Ihr daran Interesse habt, meldet Euch bei der Redaktion. Ältere Ausgaben der ZAG sowie andere Publikationen der Antirassistischen Initiative könnt Ihr bei uns nachbestellen.

ZAG – Themenschwerpunkte

Jg. 1992
Nr.2 (Feb.) Greift ein!– Schaut nicht länger weg!
Nr.3 (Mai) Wer schweigt stimmt zu
Nr.4 (Aug.) Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr.5 (Nov.) Roma / Rostock *vergriffen!*

Jg. 1993
Nr. 6 (Feb.) Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne *vergriffen!*
Nr. 7 (Mai) Rassismus und Medien *vergriffen!*
Nr. 8 (Sep.) Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen!*
Nr. 9 (Nov.) Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen!*

Jg. 1994
Nr.10 (Feb.) Rassismus und Bildung
Nr.11 (Mai) Innere Sicherheit
Nr.12 (Sep.) Rassismus und soziale Frage
Nr.13 (Dez.) Polizei und Justiz

Jg. 1995
Nr.14 (März) Deutscher Antirassismus? *Gemeinsame Ausgabe von* ZAG *und* OFF LIMITS
Nr.15 (Juni) Illegalisierung
Nr.16 (Sep.) Europa
Nr.17 (Dez.) Alltag – Kultur – Rassismus

Jg. 1996
Nr.18 (März) VietnamesInnen in Berlin
Nr.19 (Juni) Einwanderungspolitik
Nr.20 (Sept.) Ökologie
Nr.21 (Dez.) Balkan: Krieg und Flucht

Jg. 1997
Nr.22 (Feb.) City 2000
Nr.23 (Mai) Mobilität
Nr.24 (Sep) Globale Migrationskontrolle

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
0241/3 48 68

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30h-21h, di 19-21h,
do 17-19h,
sonst Anrufbeantworter

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
0521/6 40 94
mo-fr 10-13 & di 18-20h

Bonn
Antirassistisches Telefon
0228/63 61 51
mo, mi, do, 18-20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
0421/70 64 44
di 15-19h

Delmenhorst
Infotelefon
04221/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
0211/992 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
09131/20 22 68
di. 10-12

Essen
Anti-Rassismus Büro
0201/23 20 60

Giessen
Antirassistisches / antifaschistisches Notruftelefon
0461/79 14 64
mo-sa 19-20h, so 20-21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
040/43 15 87
mo-sa 9-23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
0561/17919

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
0451/702 07 48
täglich außer so & di, 18-21h

Passau
Infotelefon Antifa
0851/361 06
fr 16-18h

Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Ich möchte die ZAG regelmäßig in meinem Briefkasten haben

Ich abonniere die ZAG ab der Ausgabe Nr __ __ und erhalte ein ZAG-Jahresabo, bestehend aus vier Ausgaben zum Preis von 20.- DM

❒ zugesandt ins Ausland, leider zusätzliche Versandkosten von 10.- DM
❒ und möchte die ZAG durch ein Förderabo (zusätzlich _____.- DM) unterstützen.
❒ Bitte schickt mir als Willkommen und zur Vervollständigung meines Archivs kostenlos den Jahrgang 1996 (Ausgaben 18–21)

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto: 303 96 01 Stichwort ZAG

❒ Ich benötige eine Rechnung

Meine Anschrift:
Name:
Straße:
Ort:

Datum Unterschrift

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59
D-10965 Berlin